

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 11.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Zimmer 4223.

Düsseldorf, 15. März 1913.

Redakteur: A. Gutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Veen, Krefeld. Tel. Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilarbeiter Düsseldorf.

15. Jahrg

## Christliche Gewerkschaften und Konsumvereine.

Der Dresdener Kongress der christlichen Gewerkschaften hat in einer Entschließung erneut auf die Wichtigkeit der Konsumvereine für die christlich-nationale Arbeiterschaft hingewiesen. Er erklärte es für „selbsterständlich, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nur solchen Konsumvereinen angehören und beitreten, die einem Verbande angeschlossen sind, der für die Neutralität auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete die vollste Gewähr bietet“. Als solchen bezeichnete der Kongress den Verband westdeutscher Konsumvereine Mittelrhein. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine Hamburg könne als solcher schon wegen der engen Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei und den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht in Frage kommen. Den Anschluß an einen Konsumverein auf nationaler Grundlage hielt der Kongress für die christlich organisierten Arbeiter für unbedingt notwendig. Denn die Konsumgenossenschaftsbewegung sei „eine notwendige Ergänzung der Berufsorganisation“. Während diese eine Erhöhung des Einkommens ihrer Mitglieder erstrebe, sei der Zweck jener, „das Einkommen kaufkräftiger zu gestalten“. Besonders in der jetzigen Zeit der Teuerung aller Lebensmittel und Wirtschaftsbedürfnisse sei die Förderung der Konsumvereine „eine unabwiesbare Notwendigkeit für die Arbeiterschaft“ geworden. Ferner zwingt das lebhafteste Bestreben des privaten Kapitals, auf allen Gebieten Preisconventionen zu errichten, die Arbeiterschaft „zur regen Teilnahme an der Konsumgenossenschaftsbewegung“. Durch den Einfluß der Konsumvereine könnten Monopolbestrebungen auf dem Gebiete der Lebensmittelverteilung hintangehalten werden. Auf Grund dieser Erwägungen empfiehlt der Kongress allen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften, den oben bezeichneten Konsumvereinen beizutreten.

Es war in Dresden nicht das erste Mal, daß die christlichen Gewerkschaften auf öffentlichen Kongressen für die Konsumvereine entschiedene Stellung nahmen. Schon der Münchener Kongress 1902 ließ sich von unserem Bezirksleiter, Kollegen Pösch, ein Referat über die Konsumvereine halten. In der Entschließung, die zu diesem Referate angenommen wurde, heißt es, daß „mit Rücksicht auf die guten Erfahrungen, welche bereits im Konsumvereinswesen gemacht worden sind, und ferner angesichts des Umstandes, daß andere Stände bereits in erheblichem Maße von der genossenschaftlichen Organisation Gebrauch gemacht haben“, der Kongress „die Gründung von Konsumvereinen als ein wichtiges Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter“ empfiehlt. Der Kongress sah die Vorteile der Konsumvereine im wesentlichen in folgenden Punkten:

1. Sie ermöglichen den preiswürdigen Einkauf der Lebensmittel, schützen den Konsumenten vor Uebervorteilung durch zu hohe Preisforderungen und erhöhen so die Kaufkraft des Arbeitslohnes.
2. Sie ermöglichen eine scharfe Kontrolle über die Qualität der Lebensmittel und verhindern die Uebervorteilung der Konsumenten durch Verkauf minderwertiger oder gar gesundheitschädlicher Produkte.
3. Sie bekämpfen das schädliche Borgsystem, indem sie die Arbeiter an Barzahlung gewöhnen; sie wirken dadurch erzieherisch auf die Arbeiter.

Daß man sich damals über manche Konsumvereinsfragen, namentlich über die Stellung der Konsumvereine innerhalb der Arbeiterbewegung, nicht ganz klar war, ist im Hinblick auf die Jugend der Bewegung und die Ungeklärtheit vieler gewerkschaftlichen Dinge damals nicht verwunderlich. Es war

erst im Werden und in der Gärung begriffen. Man meinte, daß man von der Gründung der Konsumvereine überhaupt absehen möge, weil diese die Gewerkschaftsfrage nur schädigen könnten. Andere hielten die ganze Sache noch für verfrüht und meinten, wohl nicht mit Unrecht, daß man zunächst noch alle Kräfte für die Ausbreitung unserer Gewerkschaften notwendig habe. Dagegen kam doch von der Mehrheit zum Ausdruck, daß zwar die Gewerkschaftsfrage im Vordergrund stehen und vor übereilten Konsumvereinsgründungen entschieden gewarnt werden müsse, aber man könne an der Sache doch nicht ganz vorbeigehen. Sie sei außerordentlich wichtig; schließlich holten uns die sozialdemokratischen Konsumvereine die christlichen Arbeiter weg. Das läge auch nicht im Interesse unserer Gewerkschaften. So entschied man sich für die Konsumvereine; und zwar wurde vom Referenten sowohl als auch von mehreren Diskussionsrednern empfohlen, dort, wo die christlichen Gewerkschaften stark genug seien, Konsumvereine für die gewerkschaftlich organisierten christlichen Arbeiter zu gründen. Wo die Voraussetzungen dafür fehlten, möge man auch andere Arbeiter, Beamte und kleinere Handwerker hinzunehmen. Am Niederrhein bestanden mehrere Gewerkschaftskonsumvereine, die namentlich in M.-Gladbach von Mitgliedern unseres Verbandes gegründet worden waren. Man meinte, und diese Meinung kam auch auf dem Kongress zum Ausdruck, diese Form der Konsumvereine hätte einen großen gewerkschaftlich-agitatorischen Wert.

Die damals mit den Konsumvereinen verknüpften gewerkschaftlichen Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, im Gegenteil, unsere christliche Gewerkschaftsbewegung hat mancherorts durch die Konsumvereine wesentlich Schaden gelitten. Infolge der engen Verbindung zwischen Gewerkschaften und Konsumvereinen wirkten all die Fehler, die in der Konsumvereinsbewegung gemacht wurden, in unseren Berufsverbänden ungünstig nach. Mancherorts leidet man ja heute noch darunter. Die ganzen Gewerkschaftskonsumvereine haben sich als total verfehlte Gründungen erwiesen. Darum ist denn im Laufe der Jahre auch mit ihnen aufgeräumt und das Konsumvereinswesen auf eine breitere Grundlage gebracht worden, auf der es im allgemeinen sich zu schöner Blüte entfaltet hat. Dennoch halten wir den direkten propagandistischen Wert der Konsumvereine für unsere Gewerkschaften für sehr gering. Die früher wohl vielfach gehegten Hoffnungen, daß uns die Konsumvereine Mitglieder zuführen könnten und würden, mögen sich hier und da erfüllt haben, im allgemeinen werden uns die Konsumvereine in der Beziehung wenig bieten können. Dagegen haben die neutralen Konsumvereine eine sehr große Bedeutung insofern für unsere Bewegung, als sie ein Gegengewicht gegen die sozialdemokratischen Konsumvereine bilden. Wer in diesen Vereinen Mitglied ist, der unterstützt eine Sache, die unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung feindlich gesinnt ist und der geht auf die Dauer unserer christlichen Arbeiterschaft verloren. Die Konsumvereine Hamburger Richtung bilden heute schon eine große Macht für die politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie. Da mußte ein Gegengewicht geschaffen werden.

Es ist zutreffend, daß hier und da in Gewerkschaftskreisen die Bedeutung der Konsumvereine unterschätzt wird, aber dasselbe trifft umgekehrt in Konsumvereinskreisen zu. In einigen Konsumvereinen könnte die Erkenntnis mehr verbreitet sein, daß auch die billigste Ware für die Arbeiter zu teuer ist, wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, den Arbeitern ein entsprechendes Einkommen zu verschaffen. Die Gewerkschaftsbewegung schafft erst die Voraussetzung für die gute Existenz

der Konsumvereine. Man begegnet hier und da in Konsumvereinskreisen einer gewissen Geringschätzung gegenüber den Gewerkschaften. Auch gehen die Konsumvereiner nicht immer mit dem richtigen Takt bei der Agitation für ihre Sache innerhalb der Gewerkschaften vor. Die Kollegen vom Konsumverein dürfen nicht vergessen, daß der Konsumvereinsgedanke sich nicht mit Gewalt in den Gewerkschaftskreisen durchsetzen läßt, daß er vielmehr Zeit und Ruhe notwendig hat, um allenthalben die richtige Aufnahme zu finden, und daß die Gewerkschaften mit einer ganzen Reihe von Faktoren zu rechnen haben, die die Konsumvereiner manchmal übersehen. Es fehlt mancherorts an der notwendigen Fühlung zwischen Konsumverein und Gewerkschaften, an dem notwendigen Verstehen und Vertrauen, und darum auch an dem gegenseitigen Zusammenarbeiten. Wir zweifeln nicht daran, daß das mit der Zeit besser wird, wie es den Interessen beider Teile dienlich wäre.

Aber mögen die Dinge heute so liegen, deshalb die Konsumvereine zurückzuhalten oder abzulehnen, wäre falsch und ungerecht. Die Konsumvereinsbewegung kann eine mächtige Stütze und Rückenbedeckung der Gewerkschaften, ein sehr starkes Glied der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sein. Auf die Dauer müßte die Vernachlässigung dieser Seite der Arbeiterbewegung sehr große Verluste auch für unsere Gewerkschaften bringen. Das trifft nicht bloß für die äußere Entfaltung unserer Gewerkschaften zu, sondern auch für das eigentliche Gebiet der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Die Konsumvereinsbewegung ist „eine notwendige Ergänzung der Berufsorganisation“, heißt es in der Resolution des Dresdener Kongresses.

Es ist eine eminent gewerkschaftliche Angelegenheit, die Mittel zu stärken und zu erweitern, die geeignet sind, die Erfolge, die die Gewerkschaften unter großen Opfern erzielt haben, dauernd zu erhalten. Die Teuerungsverhältnisse der letzten Jahre haben deutlich gezeigt, daß unsere gewerkschaftliche Arbeit auf dem Gebiete des Lohnes Schutzarbeit sein wird, wenn nicht dem andauernden Steigen aller Lebensmittelpreise nach Möglichkeit Einhalt getan wird. Da können die Konsumvereine helfen. Der private Handel hat in dieser Beziehung versagt.

Von diesem Standorte des Gewerkschaftlers und Arbeiters aus muß u. G. die Konsumvereinsfrage in unseren christlichen Gewerkschaften beurteilt werden. Darum halten wir es auch für falsch, alle jene taktischen und grundsätzlichen Bedenken besonders stark gelten zu lassen, die heute noch hier und da in unseren Kreisen gegen die Konsumvereine bestehen. Mit aller großen Rücksichtnahme auf die anderen Stände sind wir bisher nicht ganz weit gekommen. Kollege Stegerwald fand auf unserer letzten Verbandsgeneralversammlung die richtigen Worte, als er sagte, daß der Charakter unserer christlichen Gewerkschaften als Arbeiterstandesbewegung in den letzten Jahren getrübt worden sei.

„Wir lehnen es ab“, sagte er, „übermäßig auf die Gesamtkonstellation und die Bedürfnisse anderer Stände Rücksicht zu nehmen. Wir sind den anderen Ständen mit einer Objektivität begegnet, wie es keine andere Klassenbewegung getan hat... Ich muß sagen: Wir haben bei diesen Bestrebungen nicht das notwendige Echo gefunden. Wenn wir dieses Echo nicht finden, dann haben wir es ebenfalls satt, uns bloß als Staatsretter aufzuspielen, dann haben wir auch alle Veranlassung, in den nächsten Jahren wieder viel energischer unsere speziellen Bedürfnisse als Lohnarbeiter geltend zu machen. Selbstverständlich nicht im sozialdemokratischen Sinne — wir fühlen uns als Angehörige der deutschen Nation — aber die Mittelstraße ist da sehr breit, und ob wir da rechts, in der Mitte oder links gehen, das haben wir selbst zu bestimmen.“

In direktem Anschlusse an diese Worte bezeichnete Kollege Stegerwald das Problem der Lebensmittelversorgung als ein solches, das nicht zur Ruhe kommen dürfe.



Wir wollen gewiß kein illoyales Vorgehen der Arbeiter gegen die anderen Stände, wir fassen den Begriff der Solidarität im weitesten Sinne auf, aber diese Rücksichtnahme darf nicht bis zur Aufopferung der wichtigsten Eigeninteressen gehen; umso weniger, als die anderen Stände das niemals getan haben. Gerade die Kreise des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes und der Landwirtschaft haben das Genossenschaftswesen am weitesten ausgebaut. Uebrigens trifft es u. E. auch heute noch zu, was Kollege Giesberts vor 10 Jahren schon auf dem Münchener Kongreß sagte:

„Man hat hervorgehoben, wir müßten auch die Interessen der anderen Stände berücksichtigen. . . Ich bin ebenfalls dieser Ansicht, jedoch scheint mir die Rücksicht auf den allerkleinsten Kleinhandelsstand bei Gründung von Konsumvereinen nicht angebracht. Wenn gut besoldete Beamte ein Geschäft anfangen auf den Namen ihrer Frau, oder wenn sonst jemand das Bedürfnis hat, in einem Arbeiterviertel einen Kleinhandel anzufangen und nun durch hohe Preise sich eine Mittelstandsstellung schaffen will auf Kosten der ärmsten Konsumenten, so sind das keine Interessen, die unsererseits in unseren Maßnahmen berücksichtigt zu werden brauchen. Der solide, tüchtige Kaufmannsstand kann m. E. auf die Dauer die Konkurrenz mit den Konsumvereinen sehr wohl aushalten.“

Gewiß haben wir in unserer Gewerkschaftsbewegung taktische Rücksichten zu nehmen, um das Heer unserer Gegner nicht noch zu vermehren, aber wir möchten doch lieber auf eine Freundschaft verzichten, die nur unter Preisgabe oder wenigstens Schwächung der Arbeiterinteressen errungen und erhalten werden kann und die in die Brüche geht, sobald sie am Arbeiter nichts mehr verdient. Die taktische Rücksichtnahme hört da auf, wo das Interesse der Arbeiter zu kurz kommt. Uebrigens hat die taktische Rücksichtnahme nicht bloß den anderen Ständen, sondern auch der Arbeitererschaft gegenüber Geltung, und wir könnten uns doch mal die Frage vorlegen, ob das taktisch-agitarische Moment in dieser Richtung bei uns nicht etwas zu kurz gekommen wäre und ob wir bei aller taktischen Rücksichtnahme auf die andern nicht an Werkkraft bei den Arbeitern gelitten hätten.

Darum halten wir die Förderung der Konsumvereinsbewegung für eine gewerkschaftliche Pflicht. Nicht deshalb, wie das „Zentralblatt“ unlängst schrieb, weil die christlichen Gewerkschaften in den Konsumvereinen „ein Ideal erblickten oder weil sie Freude daran hätten, einem anderen Stand Existenzschwierigkeiten zu bereiten, sondern weil sie die genossenschaftliche Selbsthilfe als Ergänzung der Gewerkschaftsarbeit für zweckmäßig und notwendig halten. Was nutzt dem Arbeiterstand eine Erhöhung des Einkommens, wenn die Kaufkraft des Geldes durch anbauende Preissteigerungen um einen vielfach höheren Prozentsatz heruntergedrückt wird. Die Kaufkraft des Arbeitereinkommens zu heben, also die gewerkschaftlichen Errungenschaften zu sichern, das ist die Aufgabe, die den Konsumvereinen von den christlichen Gewerkschaften zugewiesen wird.“ Darum fordern wir unsere Mitglieder auf, die Konsumvereine des westdeutschen Verbandes durch Beitritt, Propaganda und Wareneinkauf zu unterstützen. Wir warnen aber ganz entschieden vor übereilten Neugründungen. Niemandes dürfen unsere Mitglieder zur Neugründung eines Konsumvereins übergehen, bevor sie nicht mit den Gewerkschaftsführern sowohl als auch mit den Leitern des westdeutschen Konsumvereinsverbandes die Sache gründlich besprochen haben. Eine übereilte Gründung schadet den Gewerkschaften, den Arbeitern und dem Konsumvereinsgedanken. Also Vorsicht.

Im übrigen aber gilt der Satz, daß die Konsumvereine ein zwar durchaus selbständiges, aber auch dringend notwendiges und bedeutungsvolles Glied unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung sind.

### Hornberger Schießübungen.

V.

In gewerkschaftliche Anarchie grenzt die Art und Weise, wie der Streik in den Baumwoll- und Kammergarnspinnereien in

#### Mühlhausen 1912

begonnen und durchgeführt wurde. Die Bewegung nahm ihren Anfang in der Baumwollspinnerei Kallmann u. Cie. Geleitet wurde der freie Samstagnachmittag, die Einführung von Arbeiterauschüssen und die Anerkennung der Organisation. Nach Ablehnung dieser Forderungen traten die fast ausschließlich sozialdemokratisch organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in Streik. Die Führer des „deutschen“ Verbandes suchten nun der Bewegung größere Ausdehnung zu geben. Die ebenfalls vorwiegend rot organisierten Arbeiter der Baumwollspinnerei Ring u. Cie. wurden bewegt, teils aus Sympathie mit ihren streikenden Kollegen, teils zur Durchführung eigener reichlich angekündelter Forderungen, ebenfalls in Streik zu treten. Es kündigten zunächst nur die Arbeiter. Die Spinner und Droplerinnen nahmen der

„deutsche“ Verband später unter Kontraktbruch aus der Arbeit. Weiter versuchte er auch in den anderen Baumwollspinnereien die vorwiegend unorganisierte Arbeitererschaft zu veranlassen, wegen angeblicher Streikarbeit unter Kontraktbruch in Streik zu treten. Zum Teil gelang das auch. Man stellte den unorganisierten Arbeitern Ersatz der Kontraktbruchstrafe und Streikunterstützung in Aussicht.

Auch in den Kammergarnspinnereien trieb man es zum Streik. Zunächst bei der Firma Köchlin-Schmitt. Diesen vorwiegend sozialdemokratisch organisierten Arbeitern wurde plausibel gemacht, sie verrichteten Streikarbeit für einen seit acht Wochen vom „deutschen“ Verband bestreitenen Kammergarnbetrieb in Sennheim. Ein Beamter des genannten Verbandes plaidierte darum für Arbeitseinstellung. Derselbe Beamte wußte aber in dem Moment bereits ganz genau, daß in Sennheim die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit schon beschlossen war. Er hatte ja der betreffenden beschlußfassenden Versammlung selbst beigewohnt. Um den Arbeitern die Arbeitseinstellung trotzdem schmachhaft zu machen, wurden Lohnforderungen gestellt. Die Firma sollte am Tage der Einreichung noch eine definitive Antwort erteilen. Als sie das ablehnte, begann der Streik.

Die ganze bisher geschilderte Aktion unternahm der „deutsche“ Verband auf eigene Faust, ohne Verständigung mit unserer Verbandsleitung. Ja, es liegt Grund genug vor, anzunehmen, daß mit dieser Aktion nebenbei unsere Organisation an die Wand gedrückt werden sollte. Deren Leitung war darum auf der Hut. Sie lehnte ein blindes Nachhaken unsererseits entschieden ab. Vor allem im letztgenannten Betriebe Köchlin-Schmitt arbeiteten unsere Mitglieder vorerst ruhig weiter. Als dann der Streikverfahren war, erinnerte man sich plötzlich unseres Verbandes. Unsere Kollegen wurden nun angejammert, doch mitzumachen. Sie taten es, nachdem der Geschäftsführer des „deutschen“ Verbandes wider seinen eigenen Willen sich schriftlich verpflichtet hatte, bei künftigen Bewegungen unsere Organisationsleitung von vornherein über Gründe und Zweck der jeweiligen Bewegung zu verständigen. Das Verhalten unserer Organisationsleitung wie auch der Mitglieder war jedoch nach wie vor passiv. Eine Verantwortung für die verfahrenene Bewegung lehnten sie entschieden ab.

Auch in den Kammergarnspinnereien griff die Bewegung um sich. Die angebliche Verrichtung der Streikarbeit bildete den Vorwand, um die zu meist unorganisierten Arbeiter aus den Betrieben zu locken. Auch hier wurde allen Unterstützung zugesagt. Es kam dadurch in einigen weiteren Betrieben zu einem Teilstreik. Nur in einem dieser Betriebe kamen wir mit einer größeren Mitgliederzahl in Betracht, und zwar bei der Firma Engel. Auch hier standen die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter zum Teil schon im Streik. Unsere Mitglieder hatten ebenfalls die Parole, Streikarbeit nicht zu verrichten. Sie wurden deswegen aber erst bei der Firma vorstellig. Diese legte in beweiskräftiger Weise dar, daß sie keine Streikarbeit habe. Unsere Mitglieder, die mit den Unorganisierten zirka 70 Prozent der Belegschaft bildeten, arbeiteten daraufhin mit den letzteren ruhig weiter. Der vom sozialdemokratischen Verband angegebene Streikgrund war ja entfallen. Die streikenden Arbeiter der Firma Engel stellten nun Forderungen und führten den Kampf als Lohnkampf weiter. Diese veränderte Taktik wurde beschlossen in einer Versammlung, die „ohne jeden Einfluß der Organisationsleitungen“, so hieß es auf den Einladungen, veranstaltet wurde. Einen derartigen wilden Kampf mitzumachen, hatten unsere Mitglieder erst recht keine Veranlassung. Sie blieben im Betrieb.

Die Bewegung griff schließlich selbst nach Bühl (bei Schweiler) über. Auch hier war es angebliche Streikarbeit, die dem „deutschen“ Verbands Veranlassung gab, die Arbeiter zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Daneben wurden ebenfalls auch Forderungen aufgestellt. Die Verrichtung von Streikarbeit wurde von der Firma bestritten. Bezüglich der Lohnforderungen warteten die Arbeiter den Bescheid nicht erst ab, sie traten in Streik. Nach vier Wochen nahmen die Arbeiter — um eine Erfahrung reicher — die Arbeit bedingungslos wieder auf. Zwanzig von ihnen blieben auf dem Pflaster.

Auch in Mühlhausen begann der Streik abzulaufen. Das war voranzusehen. Zu sehr trug die Bewegung den Charakter einer gewissenlosen Mache. Das verstärkte den Widerstand der Arbeitgeber. Die Art und Weise, wie die Bewegung vom sozialdemokratischen Verband gemacht und geführt wurde, verscherzte ihr nicht nur die Sympathie der öffentlichen Meinung, sondern auch jene der Arbeiter. Ueber Zweck und Ziel der Bewegung selbst herrschte ungeachtet die größte Verwirrung. Von den zu Beginn der Bewegung erhobenen Forderungen war man mehr und mehr abgekommen. Die streikenden Arbeiter wußten bald selbst nicht mehr, wofür sie kämpften. So kam es wie es kommen mußte: Nach 20wöchiger Dauer brach der Streik zusammen. Die Arbeiter mußten bedingungslos die Arbeit aufnehmen. Sie waren die Geprellten. Lange

noch werden sie an den Folgen dieses Kampfes zu leiden haben. Und das alles verdanken sie der Selbstüberhebung und dem allen gewerkschaftlichen Grundsätzen Hohn sprechenden Vorgehen der sozialdemokratischen Führer.

Nachträglich führte eine an der Bewegung gänzlich unbeteiligte Firma den 4 Uhr-Fabriksschluß an den Samstagen ein und zwar für alle Arbeiter. Nach vorhergegangenen Besprechungen mit den Mitgliedern beschloß unsere Organisationsleitung, auch an die übrigen Firmen betreffs Gewährung des 4 Uhr-Fabriksschlusses ohne Lohnausfall heranzutreten. Angesichts der vom Geschäftsführer des „deutschen“ Verbandes eingegangenen Verpflichtung, künftig vor Eintritt in eine Bewegung unsere Organisationsleitung zu verständigen, glaubte diese dasselbe tun zu sollen. Auf eine telephonische Anfrage hin erklärte der erwähnte Geschäftsführer, sein Verband werde in einer am selbigen Abend stattfindenden Sitzung Stellung nehmen. Doch — es kam kein Bescheid. Auf eine erneute telephonische Anfrage hin erklärte ein Kollege des Geschäftsführers, dieser sei nicht da und er (der Kollege) wisse von nichts. Einige Tage darauf aber berichtete die sozialdemokratische „Mühlhauser Volkszeitung“ von einer Eingabe des sozialdemokratischen Verbandes an die Fabrikanten auf Gewährung des 4 Uhr-Fabriksschlusses an Samstagen unter Aufrechterhaltung der früher gestellten Lohnforderungen. Der Geschäftsführer des sozialdemokratischen Verbandes hatte sich also über die von ihm eingegangene schriftliche Verpflichtung strupellos hinweggesetzt. Mehr noch, er griff hinter dem Rücken unserer Organisationsleitung deren Anregung auf und verwertete sie zu einer Brüstung unserer Organisation. Bei der Charakterveranlagung dieses jattsam bekannten Genossen ist das ja weiter nicht verwunderlich. Immerhin zeigt dieses Vorkommnis, wie von manchen führenden Genossen eingegangene Verpflichtungen bewertet und eingehalten werden. Zugleich wirft es einen interessanten Lichtblick auf die Phraseologie der Genossen: Erst verlangt man mit bombastischem Wortschwall den freien Samstagnachmittag und treibt die Arbeiter in eine blamable Niederlage hinein, und jetzt begnügt man sich auf einmal mit der kapierten Forderung des 4 Uhr-Fabriksschlusses. Jeder blamiert sich halt so gut wie er kann!

(Fortsetzung folgt.)

### Lohnlarise in Textwebereien.

I.

g. Der Tarifgedanke hat in den letzten Jahren in allen Gewerben an Ausdehnung und Bedeutung sehr gewonnen. Die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Tarifvertrages wird in steigendem Maße in den Kreisen der Sozialpolitik, der Gewerbe- und Industriepolitik, wie auch in Arbeiterkreisen anerkannt. Heute sind in Deutschland schon für über 1 Million Arbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch gegenseitig anerkannte Tarifverträge geregelt. Das ist ein großer gewerblicher und sozialer Fortschritt. In manchen Gewerben haben einheitliche, gleichmäßige Lohnlarise für das Gewerbe selbst sehr vorteilhaft gewirkt. An Stelle der Schmutzkonkurrenz, die vielfach durch die Ungleichheit der Löhne möglich war, trat eine dem industriellen Fortschritt unbedingt notwendige gesunde Konkurrenz. Die Arbeitererschaft in den tarifierten Gewerben zeigen im allgemeinen ein steigendes Interesse für ihren Beruf; und gesteigerte Berufs- und Arbeitsfreude sind dem gewerblichen Fortschritt nur dienlich.

In der Textilindustrie dürften, neben der Kohlenindustrie, bis heute leider die wenigsten einheitlichen Lohnlarise und Tarifverträge bestehen. Die meisten anderen Industrien haben zum großen Teil schon die Lohnfestsetzung auf Grund einheitlicher Tarifverträge durchgeführt und auch nur gute Erfahrungen damit gemacht. Wir Textilarbeiter haben darum alle Veranlassung, dem Tarifwesen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Wohl in keiner Industrie sind die Löhne unterschiedlicher und ungleichmäßiger, als gerade in der Textilindustrie. Die Schmutzkonkurrenz steht deshalb auch gerade hier in höchster Blüte und verhindert vielfach einen gesunden gewerblichen Fortschritt. Durch einheitliche Lohnlarise müssen die Lohnunterschiede nach Möglichkeit ausgeglichen werden. Das gereicht dem ganzen Gewerbe zum Vorteil, die Arbeitgeber sowohl wie die Arbeiter haben ihren Nutzen davon. In die Schmutzkonkurrenz beseitigt, so werden die Arbeitgeber sich auch leichter über andere Fragen des Gewerbes, wie einheitliche Preisfestsetzung für fertige Ware usw., verständigen können. Die Arbeiter können bei einheitlichen Lohnlarisen mehr auf ein gesichertes, gleichmäßiges Einkommen rechnen. Den Speckeldeckern ist es viel weniger möglich, sich auf Kosten ihrer Kollegen besser bezahlte Arbeit zu verschaffen. Auch der Angestellte kann Arbeiter, die er vielleicht nicht leiden kann, nicht so leicht durch Zuweisung schlechter Arbeit schädigen. Dem Angestellten selbst würden manche Unannehmlichkeiten mit den Arbeitern, die sich benachteiligt glauben, erspart bleiben. Das Vertrauen der Arbeiter zu den Angestellten und zum Arbeitgeber wird gestärkt, der Glaube der Arbeiter an eine gerechte Lohnpolitik ihrer Vorgesetzten gefördert. Die gerade in der Textilindustrie von Unternehmern vielfach beklagte große Fluktuation der Arbeiter würde sich verringern.

Die Gründe, das leider gerade in der Textilindustrie bis heute die wenigsten einheitlichen Lohnlarise bestehen,



härten in folgendem kurz angeführt sein. Die Technik in den einzelnen Betrieben und Branchen, wie in der Industrie überhaupt, ist sehr verschieden und stets großen Veränderungen ausgesetzt. Daneben ist die ganze Industrie sehr vielseitig und kompliziert. Der Gang der Produktion liegt viel weniger offen und wird deshalb in nur wenigen Fällen von den Arbeitern verstanden. Die Organisationen der Arbeiter haben in der Textilindustrie auch bis heute noch nicht die Bedeutung und den Einfluß erlangt, die für eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der ganzen Linie nun einmal notwendig sind. Zudem findet man gerade in der Textilindustrie die Richtung der Arbeitgeber am meisten, die jeder selbständigen, freihändigen Regelung der Arbeiter den größten Widerstand entgegenstellt. Die erwähnten Schwierigkeiten könnten bei beiderseitigem guten Willen sehr wohl überwunden werden. Beispiele liegen auch schon in der Textilindustrie genug dafür vor.

Die meisten Tarife in der Textilindustrie findet man bis jetzt in der Seiden-, Sammet- und Tuchweberei, und zwar in viel größerem Maße, als allgemein angenommen wird. Die Arbeitgeber kommen eben in vielen Fällen wider Willen zu dieser Art Lohnfestlegung. In den meisten Fällen wird nach dem Grundsatze von 1000 Schuß entlohnt. Auf dieser Grundlage dürfte die Vereinheitlichung der Löhne auch wohl am besten zu erreichen sein.

In folgendem soll nun kurz dargelegt werden, wie und daß gerade in der Futeweberei einheitliche Lohnsätze bei beiderseitigem guten Willen sehr leicht eingeführt werden können.

Die Futeweberei hat manches gegenüber anderen Branchen voraus. Zunächst sind die technischen Verhältnisse der einzelnen Betriebe und der ganzen Branche im allgemeinen gleich. Die Lohnzahl der Webstühle weist keine großen Unterschiede auf. Es kommt nur das Ein- und Zweiflußsystem in Frage. Die ganzen Gewebe sind weniger verschieden und kompliziert in ihrer Art und Bindung. Die ziemlich gleichmäßigen Produktionsbedingungen haben jedenfalls auch einen großen Teil dazu beigetragen, daß in der Futeweberei schon seit 25 Jahren der „Verband deutscher Futewerker“ besteht, der die Verkaufspreise einheitlich festlegt. Gegenwärtig gehören ungefähr 95 Prozent aller Betriebe dem Verbände an. Das ist bis jetzt in keiner Branche der Textilindustrie gelungen.

Da nun bei der Kalkulation und Preisfestlegung die Arbeiterlöhne auch eine große Rolle spielen, so wäre es im Interesse der Industrie und zur dauernden Erhaltung des Futewerkes sicher notwendig, die Löhne für einzelne Gewebe auch einheitlich zu gestalten. Die Unterschiede sind tatsächlich sehr groß. Die Löhne der Futearbeiter sind überhaupt im allgemeinen gegenüber anderen Branchen und Gewerben nicht besonders günstig zu nennen, was wohl am besten daraus hervorgeht, daß die Futefabriken besonders in den Städten, wo noch andere Arbeit zu haben ist, zum größten Teil auf ausländische Arbeiter angewiesen sind. Der Lohn der Weber ist zwar in den letzten Jahren durch ein vermehrtes Zusammenstellen von zwei breiten Stühlen in etwa nach oben gegangen, steht aber zu der vermehrten Arbeitsleistung und zu den heutigen Feuerungsverhältnissen in keinem Verhältnis. Der Futewerker muß oft sehr schlechtes Material verarbeiten, wodurch besonders bei zwei breiten Stühlen der erreichbare Nutzeffekt der Webstühle bedeutend sinkt. Ein großer Mangel ist dann noch die große Ungleichheit der Stuhllohne. Hier ist es unbedingt notwendig, die Löhne durch Tarifierung gleichmäßiger zu gestalten.

Einen guten Anfang in dieser Beziehung haben unsere Kollegen mit Hilfe der Organisation nun in letzter Zeit in mehreren Futewereien in Emsdetten in Westfalen gemacht, worüber in einem folgenden Artikel eingehend die Rede sein soll.

Daß eine große Mehrheit des Reichstags für ein uneingeschränktes Koalitionsrecht vorhanden ist, zeigte die am letzten Tage stattgehabte Abstimmung über den Antrag Urnschadt und Genossen (konservativ), der ein Verbot des Streikpostens verlangte. Den 52 Zustimmungsvoten stand nicht weniger als 283 „Nein“ entgegen. 5 Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten, die übrigen fehlten. Anträge bezw. Entschlüsse mit dem Verlangen auf Sicherung des Koalitionsrechts der technischen und Privatbeamten wurden gleichfalls angenommen. Ein Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung betreffend Kodifizierung der Gewerbeordnung und Schaffung eines besonderen Arbeitsrechts fand ebenfalls die Zustimmung des Reichstags. Ein Antrag der Polen verlangte einen Gesetzentwurf betreffend das Koalitionsrecht der Landarbeiter; er wurde angenommen. Eine von den Nationalliberalen gestellte Entschlüsselung verlangt „ein einheitliches, den Forderungen der neuzeitlichen sozialen Verhältnisse entsprechendes Privatbeamtenrecht für die kaufmännischen Angestellten“.

Der Entschlüsselung, die einen wirksamen Schutz der im Betriebe der Straßenbahnen beschäftigten Personen forderte, wurde zugestimmt. Erhöhte Schutzbefristungen wurden ferner verlangt für die Arbeiter in der Großeisenindustrie, in der Glasindustrie, in der chemischen Industrie, in Cellulosewarenfabriken und im Baugewerbe. Die Forderungen auf Schaffung eines Reichsberggesetzes wurden vom Reichstag ebenfalls angenommen.

Auf dem Gebiete des Versicherungswesens wurden ebenfalls Verbesserungen verlangt. Die in dem kürzlich erschienenen Artikel „Reichssozialpolitik“ abgedruckte Resolution unserer Abgeordneten-Kollegen betreffend gewerbliche Berufskrankheiten, fand einstimmige Annahme im Reichstag. Eine vom Plenum angenommene Entschlüsselung der Budgetkommission verdient noch der Erwähnung; sie verlangt „neue Berechnungen über die Belastung des Reiches und der Versicherten aus der Hinterbliebenenversorgung (Buch IV der Reichsversicherungsordnung). Bei dieser Berechnung sind die bis 1913 gemachten Erfahrungen über Häufigkeit der Rentenbewilligung, die Höhe der ersparten Beitragserhaltungen und der Erträge aus der Durchführung der Hinterbliebenenversorgung herbeigeführten Beitragserhöhungen mit zu berücksichtigen.“

Sollte sich ergeben, daß aus der Summe, die bei Schaffung der Versicherung als Belastung des Reiches angenommen ist, und den Erträgen, die den Versicherungsträgern durch Wegfall der Beitragserhaltung erspart, und aus der Erhöhung der Beiträge für die Hinterbliebenenversorgung zuzulehen, höhere Renten gewährt werden können, als in den §§ 1285, 1292, 1294 und 1296 der Reichsversicherungsordnung vorgesehen sind, dann dem Reichstage schleunigst eine Vorlage zugehen zu lassen, durch welche die Renten so weit erhöht werden, wie sie aus den verfügbaren Mitteln gezahlt werden können.“

Es sind hier nur ein Teil der auf die Arbeiterschaft Bezug nehmenden Entschlüsselungen zum Ausdruck gebracht. Von den auf das Handwerk, den Handel, Industrie und Landwirtschaft bezüglichen Entschlüsselungen und Anträgen ist keine Notiz genommen. Der Forderungen sind allzu viele, als daß man sie in einem Zeitungsartikel unterbringen könnte. Es wird nicht wenige geben, die den Ausführungen zustimmen, die der Abgeordnete Graf von Posadowsky am 6. Februar 1913 gemacht hat:

„Meine Herren, wir haben vor kurzem eine große Anzahl von sozialpolitischen Resolutionen beschlossen. Es waren so viele, daß, ganz offen gestanden, mir manchmal zweifelhaft war, ob sich nicht die Mehrheit des Hauses für sich freiziehende Resolutionen ausgesprochen hätte. (Sehr richtig! und Heiterkeit) Ich wünschte, wir stellten einmal alle die Einzeltragen zurück, und vereinigten die ganze Kraft dieser politischen Versammlung auf eine sachliche und wirksame Besserung des Wohlfühlens innerhalb der wirtschaftlich möglichen Grenzen.“

Die Forderung auf Schaffung eines Reichswohnungs-gesetzes muß nämlich als vorläufig gescheitert angesehen werden. Das nähere darüber soll in einem folgenden Artikel zur Darstellung gelangen. sp.

Kapital, ein höheres Gut gegenüber gestellt: den Menschen. Sie haben die soziale Frage so ausgelegt, wie der Mensch, der im modernen wirtschaftlichen Betriebe zu kurz kommt, wieder der Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses werden kann. So ist durch den Drang der Berufsorganisationen die soziale Politik zum Schutze der Menschenwürde in die moderne Gesetzgebung aufgenommen worden. Das soziale Gewissen ist aufgeweckt worden; der Kulturzustand eines Staates wird heute gemessen an der Durchführung seiner sozialen Aufgaben.

Außerdem leistet die Berufsorganisation eine Erziehungsarbeit, die für jedes ihrer Mitglieder von großem Werte ist. Ihr Grundgedanke ist ein sittlicher; sie will die materiellen und moralischen Interessen ihrer Mitglieder fördern. Der Geist des modernen Großkapitalismus ist systematisch egoistisch, wogegen die Berufsorganisation die Verkörperung des Gedankens ist: du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. In der Berufsorganisation wirkt jedes Mitglied mit an einem Streben, das ihm selbst vielleicht nicht zugute kommt, von dem erst die nachfolgende Generation die Früchte pflücken soll. Der Arbeiter in der Berufsorganisation steuert Geld bei für Unterstufungsklassen, die er selbst vielleicht niemals in Anspruch nimmt; er opfert seine kurz bemessene freie Zeit seiner Organisation, er entzieht seiner Familie die Stunden, um sie hinzugeben für seine Mitarbeiter und seinen Stand.

So werden sittliche Kräfte zur Entfaltung gebracht, die ihrem Träger einen hohen Wert verleihen.

Wer mal um sich schaut in den zahlreichen Berufsorganisationen unserer Tage und dann sieht, daß Tausende von Mitgliedern selbstlos arbeiten für die Güter ihres Standes, keinen anderen Lohn kennend als das Bewußtsein, geschäftig, geliebt und gelitten zu haben für ihren Stand, der wird begreifen, daß die Berufsorganisation wohl dazu beiträgt, daß der Mensch des 20. Jahrhunderts emporkommt zu einer sittlichen Größe, zu einem Charakter. (Aus der holländischen Zeitschrift: „Katholiek Sozial Weekblad“.)

Jugendkommissionen in den christlichen Gewerkschaften. Nach der „Korrespondenz für die Jugendarbeit in den christlichen Gewerkschaften“ waren im Jahre 1911, in 71 christlichen Gewerkschaftskartellen Jugendkommissionen vorhanden.

Das ist immerhin ein Anfang. Dringend zu empfehlen bleibt aber natürlich die Errichtung solcher Kommissionen in allen Kartellen. Die Jugendarbeit darf nicht mehr als etwas Nebensächliches behandelt werden. An dem Maßstab der Zukunft unserer Bewegung gemessen, ist und wird sie immer bleiben eine der Hauptfragen, die unser ständiges Interesse verdient.

Bei der Zusammenlegung der Kommission möge man hauptsächlich auf jene Berufe Rücksicht nehmen, für die die Jugendgewinnung von der größten Bedeutung ist, z. B. für die Textilarbeiter. Zu empfehlen bleibt nach wie vor, daß auch jugendliche Gewerkschaftler der Kommission angehören; diese finden hier, wie in der Jugendarbeit der einzelnen Verbände, eine vorzügliche Gelegenheit, in das Gewerkschaftsleben eingeführt zu werden. Aus ihnen bildet sich eine Vorhut von zuverlässigen Jungmannschaften, die sich in der verschiedensten Weise verdient machen kann.

Den Jugendkommissionen obliegt die Sorge für alles, was auf die Frage der Gewinnung und gewerkschaftlichen Schulung der Jugendlichen Bezug hat. Wenn irgend etwas, so muß die Jugendarbeit als ein eigenes Spezialgebiet gepflegt werden. Für ihre Pflege gelten ja ganz besondere Voraussetzungen. Sobald man anfängt, der Bequemlichkeit halber alles über einen Leisten zu schlagen, ist es mit einer wirklichen Jugendpflege vorbei. Das muß der Jugendkommission immer vor Augen stehen. Der Jugend gegenüber kommt man nicht mit bloßen Beweisführungen, die dem Erwachsenen ohne weiteres verständlich sind, aus. Sie hat ja nicht die Erfahrung als eine Grundlage, von der aus sie Schlussfolgerungen ziehen könnte. Hier kommt es darauf an, aus unseren im täglichen Leben gemachten Erfahrungen zu schöpfen und in Beispielen Art und Tätigkeit wie Erfolge unserer Bewegung auseinanderzusetzen. Wer in der praktischen Arbeit in der Werkstatt und der Organisation steht, hat hier eine unverstehbare Quelle der überzeugendsten Belehrung. Nach dem jugendlichen Kollegen an einem selbsterlebten Fall klar, wie sich die Gewerkschaft um die Arbeiterinteressen bemüht hat, und er wird dich sofort verstehen. Genau wie der Student, der zu uns kommt, nicht nach abstrakter Belehrung über die Gewerkschaften verlangt, sondern durch die Einführung in die Praxis der Bewegung sehen und hören will, wie das, was er auf der Hochschule nach der Seite der Theorie gelernt, sich nun eigentlich im wirklichen Leben vollzieht.

Die Jugendkommission ist auch das Bindeglied zwischen Gewerkschaften und konfessionellen Jugendvereinen. Sie darf nicht locker lassen, bis die beiden Institutionen Fühlung miteinander haben, eine Fühlung, die dann systematisch auf die Förderung gewerkschaftlichen Verständnisses in der befreundeten Organisation abzielen muß.

Der Jugendkommission obliegen, wie sich in der praktischen Betätigung von selbst ergeben wird, bedeutsame Aufgaben. Wie sie berufen ist, der Bewegung ständig frisches Blut zuzuführen, so muß sie auch bestrebt sein, die ganze Tätigkeit des Kartells mit dem Geiste jugendfrischer Initiative zu durchziehen. Sie ist ein Element ständigen Fortschritts; damit ist ihr Aufgabengebiet mit einem Wort umschrieben.

Christliche Gewerkschaften und Unternehmertum. Verschiedene Wirtschaftskämpfe der letzten Zeit, u. a. die in Menden und Revelaer, haben das Verhältnis zwischen christlichen Gewerkschaften und Unternehmertum erneut

## Ein soziales Programm

pflegt der Reichstag alljährlich durch Annahme einer Reihe von Anträgen und Entschlüsselungen aufzustellen. Auch in diesem Jahre wurden bei der zweiten Lesung der Haushaltsrechnung für das Reichsamt des Innern eine große Anzahl von Entschlüsselungen sozialpolitischen Inhalts angenommen, nachdem die Redner der verschiedenen Parteien sie begründet hatten.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter betreffende Anträge bezw. Entschlüsselungen waren vorgelegt worden von der Fortschrittspartei, dem Zentrum und den Polen. Die diesbezüglichen Entschlüsselungen wurden in der Sitzung vom 22. Januar 1913 mit großer Mehrheit angenommen; ebenso die auf Errichtung eines Einigungsamts und Sicherung der Tarifverträge hinzielenden Anträge. Der alle diese Materien umfassende Antrag des Zentrums, welcher angenommen wurde, lautet:

- I. die verbündeten Regierungen zu erforschen, tunlichst bald Gesetzentwürfe vorzulegen, welche bezwecken:
  1. den Schutz und den weiteren Ausbau des Koalitionsrechtes der Arbeiter (§ 152 G.O.), insbesondere auch dahin, daß Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauchs des Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt werden,
  2. die Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern,
  3. eine auf freihändlicher Grundlage aufgebaute Regelung der privatrechtlichen und öffentlichrechtlichen Verhältnisse der Berufsvereine aller Art;
- II. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Reichsamt des Innern eine Zentrale zur Förderung der Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu errichten und diese mit der Zeit zu einem Reichseinigungsamt fortzubilden.

## Allgemeine Rundschau.

Der Einfluß der Berufsorganisation auf den Charakter. Hier und da werden Stimmen laut, die in der Entwicklung der modernen Berufsorganisationen eine Gefahr für den Charakter der Mitglieder derselben erblicken. Sie betrachten die Organisationen als einen Hemmschuh für die Entfaltung der moralischen Kräfte der Menschen. Das Aufgehen des Mitgliedes in der Masse, die Unterwerfung unter das Programm des Verbandes, die Abhängigkeit von den Beschlüssen der Mehrheit, das Verlassen des Mitgliedes auf die hinter ihm stehende Organisation werden für einen Verlust an Charakterstärke gehalten. Dabei wird die „gute alte Zeit“ stets als Vorbild hingestellt. Die Alten von heute weisen darauf hin, wie früher sich jeder nur auf seine eigene Kraft stützen konnte und gerade dadurch ein tüchtiger Mensch wurde. Der „guten alten Zeit“ nicht zu nahe getreten — aber andere Zeiten, andere Riten, andere Aufgaben und andere Ideale.

Unser modernes Wirtschaftsleben, unser großkapitalistisches System, wird beherrscht von einem Gedanken: Geld verdienen. Alles andere ist dem untergeordnet. Ohne irgend etwas oder jemand zu achten und zu respektieren, schreitet das unpersonliche Großkapital über Menschenrechte und Menschenwürde, wenn es die geldlichen Interessen erheischen. Die Mechanisierung der Arbeit, die bis ins Kleinste gehende Arbeitsteilung haben der Arbeit die Seele genommen. Sie haben den Arbeiter, er sei Kopf- oder Handarbeiter, zu einer Nummer gemacht; aus dem vielgepriesenen materiellen Fortschritt ist ein bedenklicher Rückschritt auf sozialem Gebiete geworden. Das hat man zeitig genug eingesehen. Die Berufsorganisationen haben dem modernen Abgott, dem



in den Vordergrund gehoben. Allen Unternehmern, die der christlichen Arbeiterbewegung bisher noch mit Mißtrauen oder als offene Gegner gegenüberstanden, kann ein Ruf aus der Unternehmerrachzeitung „Die Tabakwelt“ (Nr. 45 vom 10. November 1912) zum Studium und zur Beherzigung dringend empfohlen werden. Der Artikel trägt die Überschrift: Der christliche Gewerkschaftsgedanke, knüpft an den Dresdener Kongress an und erkennt die Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung für das deutsche Wirtschaftsleben und nationale Volksbewußtsein unumwunden an:

„Was könnte engherziger und kurzfristiger sein, als eine große geistige Bewegung, die sich heute der steigenden Flut der sozialdemokratischen Weltanschauung entgegenstemmt, ausschließlich unter dem engen Gesichtspunkt der — Streitfrage zu betrachten! Wahrlich, es wäre traurig um unsere Industrien und unsere Arbeiterschaft bestellt, wenn sie sich durch solche Anschauungen dazu verleiten ließen, sich feindlich oder auch nur gleichgültig zu einer Bewegung zu verhalten, die sich, wenn nicht als einzige, doch sicher als die wichtigste erweisen mag, um entgegen den zersetzenden Einwirkungen der freigewerkschaftlichen Agitation, einen großen Teil unseres Arbeiterstandes auf dem Boden unserer Welt- und Wirtschaftsanschauung, auf dem Boden auch eines nationalen Volksbewußtseins zu erhalten.“

In Dresden sei widerspruchlos auf das Verantwortlichkeitsbewußtsein der Arbeiter, auf eine grundsätzliche Interessengemeinschaft von Arbeitern und Unternehmertum hingewiesen worden. Einer Arbeiterbewegung mit solchem Programm

haben unsere Regierungen, hat aber auch das Unternehmertum wahrlich alle Veranlassung, Interesse und Sympathie entgegen zu bringen. Und daran kann der Umstand nichts ändern, daß auch die christlichen Gewerkschaften mit vollem Nachdruck den Kampf um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen aufgenommen haben. Suchen sie doch, wie man zugeben wird, den Streit nicht um des Streites willen, nicht als ein Mittel zur Aufhebung der Massen und zur Verschärfung der Klassengegensätze. Und selbst wenn man, vielleicht nicht mit Unrecht, der Meinung ist, daß sie sich in der Führung von Lohnkämpfen oft nicht allzu sehr von den sozialdemokratischen Organisationen unterscheiden, so ist doch nicht zu verkennen, daß auch hierbei ihre ganze Zielrichtung in der Erreichung begründeter Verhältnisse, nicht aber in einem Untergraben der Grundlagen unseres nationalen Kultur- und Wirtschaftslebens liegt.“

Es könne auch nicht geleugnet werden, daß bei der fortschreitenden Verteuerung aller Lebensbedingungen die Interessen der auf ihrer Hände Arbeit Angewiesenen einer wirksamen Vertretung dringend bedürften. Dem können auch keine Unternehmerinteressen entgegen; die Arbeitermassen können doch nicht allein als „Hände“, sondern auch als Verbraucher in Frage, deren Konsumfähigkeit von größter Tragweite sei. Deshalb sei es auch falsch, daß Kämpfe zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse schlechthin als Klassenkämpfe des Proletariats gegen das Unternehmertum betrachtet werden dürften. Sie sind zu großem Teil Kämpfe um gesunde soziale und wirtschaftliche Zustände, die keineswegs allein im einseitigen Interesse der Arbeiterklasse, sondern in ihrer Rückwirkung auf die Verbrauchsfähigkeit der unteren Volksschichten auch im Interesse der Industrien und des Unternehmertums liegen.“

Wenn sich solche vernünftigen, sozial weitblickenden Anschauungen in weitem Unternehmertreuen Bahn

brechen wollten, dann würden die wirtschaftlichen Kämpfe, wenn auch nicht ganz verschwinden, so aber doch viel von ihrer aufreizenden Schärfe verlieren.

Sie sind doch neutral! Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine nämlich. Wer's bis jetzt noch nicht glaubte, muß durch den Versammlungsbericht unter Augsburg-Verkaufen in der H.-D. „Textilarbeiter-Zeitung“ unbedingt belehrt werden. Nach diesem Bericht referierte in der betreffenden Versammlung ein Kollege Ernst über das Thema: Sind die Gewerksvereine politisch und religionsfeindlich? Er betonte ebenfalls, nicht die Gewerksvereine, sondern deren Bürgerrechtserwerbverein sei für die liberale Liste eingetretten. Dazu haben wir in voriger Nummer das Nötige schon gesagt. Um aber auch den Beweis zu liefern, daß die H.-D. Gewerksvereine wirklich neutral sind, gebrauchte Ernst nach dem erwähnten Bericht folgenden Ausdruck:

„Das Demagojenblatt (gemeint ist ein Zentrumsorgan, D. R.) weiß ganz genau, daß man mit der „Arbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums politisch denkende Arbeiter hier nicht mehr verlieren kann, ja selbst das wohlgeleitete Schäflein der Zentrumsparterie konnte es nicht mehr über sich ergehen lassen, um gegen die Hungerpolitik des Zentrums zu protestieren.“

Hums! Wer jetzt noch nicht an die wirklich ehrlich gemeinte Neutralität der H.-D. Gewerksvereine glaubt, dem ist nicht mehr zu helfen. Uebrigens — die H.-D. Gewerksvereine als die politisch Denkenden und Aufgklärten! Es fällt wirklich schwer, keine Satyre zu schreiben.

Wie Textilarbeiter betrogen werden. Der „Fojamenter“, das Fachblatt des ich verzeirlichen Bandwirkverbandes, bringt in seiner Februarnummer eine Warnung vor der Auswanderung, die für alle Bandwirter, welche Lust haben, in ausländischen Betrieben in Arbeit zu treten, recht beachtenswert ist. Es heißt dort:

„Als im Sommer 1910 durch eine neugegründete Bandfabrik in Brasilien auf dem hiesigen Plage Meisterchaft, Fojamenter und Borarbeiter zur Auswanderung veranlaßt wurden, verfolgten die Arbeiter in Basel mit lebhaftem Interesse die von dort eingehenden Nachrichten. Schon 1911 wurden Arbeiter für ein zweites Geschäft in Brasilien angeworben und so entschlossen sich von Zeit zu Zeit wieder Arbeitergruppen zur Auswanderung, und auch heute noch sind Agenten unter Verprechung hoher Löhne tätig. Die Nachrichten von drüben waren gute, denn es war von der Fabrikleitung stritte behoben, keine unangenehmen Meldungen heim gelangen zu lassen und die Arbeiter befürchteten die Zensur der Briefe. So sind z. B. Briefe einer Arbeiterin, worin sie ihr Leid klagte, nicht in Basel angekommen. Da aber jetzt eine Anzahl der vor einem Jahr Ausgewanderten wieder zurückgekehrt, liegen uns wahrheitsgetreue Nachrichten vor.“

Die gemachten Lohnversprechungen wurden vielfach nicht gehalten. Den anscheinend hohen Löhnen stehen die hohen Preise aller Bedarfsartikel gegenüber. Einzig Fleisch ist billig, taugt aber nicht viel; so ist z. B. Suppenfleisch nach dem Kochen meistens nicht mehr genießbar, ein Liter Milch kostet 50 Cent, eine Flasche Bier Frank 1,60; Gemüse sind nur in der Regenzeit erhältlich, da im Sommer alles verdorrt. Wäsche, Kleider, Stoffe sind enorm teuer, ebenso Hausgeräte. Wasser muß filtriert werden, sonst ist es nicht genießbar.

Die Arbeitszeit beträgt elf Stunden in Räumen ohne jede Luftreinigungs- oder Abkühlungsvorrichtungen bei 50 Grad Wärme im Sommer. Der Arbeiter wird von einem Tag auf den anderen auf die Straße gestellt und muß sich auf eigene Faust für sein Recht wehren, da ihm kein Gericht zur Verfügung steht. Die eingewanderten Arbeiter sind ganz auf sich angewiesen, da ein Umgang mit der aus Portugalien, Brasilien und Negern bestehenden Bevölkerung unmöglich ist. Das Klima ist für die Eingewanderten auf die Länge nicht zu ertragen; ein Teil der von hier überfledelten Arbeiter ist in einer Malariagegend in der Nähe von Sämpfen niedergelassen. Eine größere Anzahl Fojamenter soll gerne wieder zurückkehren, wenn ihnen die Mittel zur Heimreise zur Verfügung ständen.“

Dieser Bericht zeigt, wie vorsichtig man sein muß, bevor man sich entschließt, den schönen Versprechungen in Annoncen und der Agenten zu folgen und sein Glück im Auslande zu versuchen. Im Wuppertale finden wir von Zeit zu Zeit Werbeagenten tätig, die immer noch Gutgläubige zur Auswanderung zu bewegen vermögen. Hat ein einzelner einmal Glück und kommt zu etwas, so spricht sich dies sehr leicht herum und lockt Unerfahrene. Von den vielen Ausgewanderten, die drüben unter den elendesten Verhältnissen ihr Dasein fristen müssen und zurunde gehen, erfährt man nur höchst selten etwas. Wenn auch hier in Deutschland die Verhältnisse in der Bandindustrie während der letzten Jahre keine guten waren, so wird es doch keinem Arbeiter gelüsten, die oben geschilderten Verhältnisse dafür einzutauschen.

Die Gewerkschaften als Dränger des technischen Fortschrittes. Es gibt Kreise, die den Gewerkschaften nicht bloß jeden größeren Wert absprechen, sondern sie sogar für einen volkswirtschaftlichen Schädling halten. In dem die Gewerkschaften bemüht seien, die Lohnkurve ständig und unaufhaltsam aufwärts zu treiben und die Arbeitszeit zu verkürzen, und diesen Zweck selbst mit dem Streik zu erreichen trachteten, schwächten sie das deutsche Gewerbe in seiner Leistungsfähigkeit, namentlich in bezug auf den Wettbewerb mit ausländischen Waren. So schädigten sie unsere gesamte Volkswirtschaft.

Es soll nicht geleugnet werden, daß durch die Streiks volkswirtschaftliche Werte verloren gehen, aber sie sind im allgemeinen doch gering. Bernstein hat in seinem Buche „Der Streik“ ausgerechnet, daß sämtliche Streiks des Jahres 1904 einen Produktionsausfall von einem Tage verursacht hätten. Ein einziger nationaler Feiertag hätte dieselben, wenn nicht noch größere Folgen, da der Produktionsverlust durch Streiks vielfach wieder hereingeholt werde. Die großen volkswirtschaftlichen Verluste entstehen weniger durch die Streiks, als vielmehr durch die Ansperrungen, die das organisierte Unternehmertum ganz allein zu verantworten hat.

Aber auf der anderen Seite muß darauf hingewiesen werden, daß die Gewerkschaften infolge ihres Strebens nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und infolge der Anwendung des Streiks zu bedeutenden Förderern des technischen und industriellen Fortschrittes geworden sind. Wo durch die Gewerkschaften der Lohn gesteigert, die Arbeitszeit verkürzt wird, da macht sich bei dem Unternehmertum das Streben geltend, durch Erweiterung und Verbesserung der Maschinen einen Ausgleich für die Verteuerung der Warenherstellung zu erzielen.

## Das graue Tuch.

Mein altes, graues Schultertuch,  
Das mücht' ich nimmer missen;  
Von Müß' und Sorgen wohl genug  
Wird es zu melden wissen.

Wohl wehrte es bei Sturm und Wind  
Vor manchem kalten Tropfen,  
In Stunden, die voll Dunkel sind,  
Bernahm's des Herzens Klopfen.

Und immer barg's des Tages Brot  
In seinen dunklen Falten;  
Darin hieß mich des Lebens Not  
Diß stumm die Hände falten.

Ich hab' dich lieb, du altes Tuch,  
Das eintraß, voller Sorgen,  
Die Mutter mir entgegen trug  
Am ersten Arbeitmorgen.

Barmen.

Kollegin M. Hahn.

## Wer hat die Berechtigung zur Anleitung weiblicher Lehrlinge?

Ein Beitrag zur Berufswahl unserer Mädchen.

I.

Wald ruht wieder die Zeit der Schulabschluss-Tausenden von Kindern öffnet sich das Tor der Lebensjahre. Doch bevor sie dieses durchschreiten, muß die Frage „Berufswahl“ beantwortet sein — auch für die Mädchen.

In den Elternkreisen, die dem Textilarbeiterstande angehören, ist diese Frage äußerst wichtig. Gewiß, in sehr vielen Familien sind der Berufswahl der Kinder, namentlich aber der Töchter, recht enge Grenzen gezogen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse weisen darauf hin; das Mädchen muß möglichst bald verdienen. Dem mindesten

darf die Ausbildung für irgend einen Beruf außerhalb der Fabrik keine besonderen Mittel erfordern.

In solchen Fällen aber, wo die Eltern ihre Tochter nicht der Textilindustrie zuführen wollen, oder, wo das Mädchen sich infolge der Körperkonstitution und seiner Talente für einen handwerklichen Beruf eignet und sich dafür erklärt, ist Vorsicht und Ueberlegung sehr am Plage. Nur, wenn Eltern und Tochter all das beachten, was in der Frage des weiblichen Lehrlingswesens Bedeutung hat, kann das für beide Teile erfreuliche Ziel erreicht werden. Geben aber Eltern aus unseren Textilarbeiterkreisen ein Mädchen in die Lehre, ohne Kenntnis der Bestimmungen des Handwerkerchutzgesetzes, so muß sich notwendigerweise wirtschaftlicher Nachteil und schwere Enttäuschung einstellen. Darum wollen wir die Interessen unserer Textilarbeiter und deren Frauen dadurch auch zu wahren suchen, daß wir zunächst einiges mitteilen über die Berechtigung zur Anleitung weiblicher Lehrlinge.

Nicht jede nächstbeste Nachbarnfrau, die „so schöne Kleider machen kann“, hat das Recht, Lehrlinge anzuleiten. Auch nicht die Weisnäherin, die instande ist, die feinsten Sachen herzustellen, kann allein auf Grund ihrer Leistungen ein Mädchen in die Lehre nehmen. Ebenso ist es mit den Schuhmacherinnen und Schneidern.

Darum ist es notwendig, daß sich die Eltern bei eiten bergewissern, ob diejenige Person, zu welcher sie ihre Tochter in die Lehre geben wollen, sich das Recht erworben hat, Lehrlinge anzuleiten. Das Handwerkerchutzgesetz, bezw. dessen Erweiterung vom 1. Oktober 1908, hat nämlich wichtige Vorschriften in dieser Hinsicht gebracht. Es sollen unter den Handwerkerinnen auch nur diejenigen das Recht zur Lehrlingsausbildung haben, die sich den Titel Meisterin erworben haben.

Es besteht jedoch eine Uebergangskategorie von fünf Jahren, die mit dem 1. Oktober 1913 abgelaufen ist. In dieser Zeit sollte es den Handwerkerinnen möglich gemacht werden, sich das Recht zur Lehrlingsausbildung zu sichern. Des besseren Verständnisses halber lassen wir hier die interessantesten Uebergangsbestimmungen folgen:

I. Wer vor dem 1. Oktober 1879 geboren ist und am 1. Oktober 1908 Lehrlinge anleiten durfte, braucht nur ein Gesuch an die untere Verwaltungsbehörde (Landratsamt, Bürgermeister- oder Bezirksamt, Magistrat) einzureichen, dann muß die Behörde auch für die Zukunft das Recht zur Lehrlingsausbildung geben.

II. Wer in der Zeit vom 1. Oktober 1879 bis 1. Oktober 1884 geboren ist und am 1. Oktober 1908 das Recht hatte, Lehrlinge auszubilden, dem kann — muß aber nicht — die untere Verwaltungsbehörde auf ein Gesuch hin auch für die Zukunft das Recht der Lehrlingsausbildung verleihen.

III. Wer vor dem 1. Oktober 1877 geboren ist und am 1. Oktober 1901 persönlich ein Handwerk selbständig ausübte und in diesem Gewerbe die Befugnis hatte, Lehrlinge anzuleiten, darf den Meistertitel führen.

Aus diesen Uebergangsbestimmungen ist zu ersehen, daß Grenzen gesteckt worden sind, die eingehalten werden müssen von den Handwerkerinnen. Die Eltern der weiblichen Lehrlinge tun deshalb gut, wenn sie sich genau erkundigen, ob die Lehrmeisterin fernerhin das Recht zur Anleitung hat. Die unter Punkt I angeführten Personen müssen die bei der unteren Verwaltungsbehörde nachgesuchte Erklärung vorweisen können, daß sie das Recht zur Lehrlingsausbildung besitzen. Für jene Handwerkerinnen, deren Geburtsdatum in die unter Punkt II angeführte Zeit fällt, trifft daselbe zu. Jedoch ist hierbei zu bemerken, daß deren Gesuch nicht unbedingt statgegeben werden muß. Die untere Verwaltungsbehörde kann hier das Recht der Lehrlingsausbildung davon abhängig machen, daß die Meisterprüfung gemacht wird; die Gesellenprüfung ist diesen Handwerkerinnen erlassen.

Diese Bestimmungen, die nur noch bis zum 1. Oktober 1913 Geltung haben, sind also immerhin beachtenswert. Nach dem 1. Oktober 1913 wird es nur noch ein zweifaches geben: I. Handwerkerinnen, die infolge ihres Meistertitels Berechtigung zur Lehrlingsausbildung haben; II. solche, die nur mit Zuarbeiterinnen bei wesentlich verteuertem Betriebe arbeiten.

Mögen also alle Eltern, die eine Tochter in handwerkswürdige Lehre geben wollen, recht vorsichtig in der Auswahl der Lehrstelle sein. Ueber andere wichtige Momente, die beim Antritt eines Lehrverhältnisses beobachtet werden müssen, wird eine weitere Abhandlung folgen.

Im besonderen sei noch darauf hingewiesen, daß schließlich auch solche Angehörigen unserer Textilarbeiterfamilien, die bereits ein Handwerk ausüben, selbst an den Abhandlungen am meisten interessiert sein dürften.

F. H.



Das ließe sich mit einer Wolke von Beweisen belegen. Gehen wir in die Anfänge der Industrieentwicklung zurück. Daß unsere deutsche Maschinentechnik sich im Vergleich zur englischen nur langsam entwickelte, hat gewiß viele Gründe; einer der wichtigsten ist jedoch der, daß auf dem Festlande im Vergleich zu England die Löhne außerordentlich niedrig und die Arbeitszeit übermäßig lang war und so ein starker Trieb für technische Verbesserungen fehlte. Man meinte, die Konkurrenz auf Grund der erbärmlichen Arbeitsverhältnisse führen zu können; so blieb die technische Entwicklung außerordentlich zurück. Dr. Alexander Wachs weist in seinem Buche „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft“ auf diesen Umstand ausdrücklich hin. Der hartnäckige Kampf zwischen Kapital und Arbeit, sagt er, sei ein wichtiges soziales Moment für die Entwicklung der Technik. Als in England mit Hilfe der Gewerkschaften und der Gesetzgebung die ärgsten sozialen Mißstände im Arbeitsverhältnis beseitigt, als die Löhne in die Höhe und die Arbeitsstunden heruntergebracht wurden, sah sich der englische Unternehmer, um die Konkurrenz mit dem Festlande aufrecht erhalten zu können, genötigt,

„die Leistungsfähigkeit des Arbeiters und der Maschinen möglichst zu erhöhen. Daher die raschen Fortschritte in England, im Gegensatz zum Festlande, das niedrigere Löhne zahlte und in dem eine lange Arbeitszeit üblich war. Charakteristisch ist, daß die wichtigste Wollspinnmaschine, der Selsator, der in England schon in den 40er Jahren verbreitet war, in Deutschland erst in den 70er Jahren verbreitet wurde. Nach Erfindung des Schmelzschiffens wurde auf dem Kontinent erst nach 100 Jahren eingeführt.“

Auch heute trifft es namentlich für die Textilindustrie noch zu, daß die Gewerkschaften indirekt fördernd auf die Maschinenentwicklung einwirken. Der Unternehmer wird naturgemäß bestrebt sein, die durch die Aufbesserung der Löhne oder durch die Verkürzung der Arbeitszeit eingetretene Erhöhung der Produktionskosten durch eine Steigerung der Produktion wieder wett zu machen. Zu dem Zweck werden alte, minder leistungsfähige Maschinen ausrangiert und durch neue, leistungsfähigere ersetzt. Aber nicht nur das, der Unternehmer wird auch danach trachten, die Arbeitsmethoden zu verbessern. Er wird ein zweckmäßiges, Zeit- und Wertverluste möglichst vermeidendes Zueinandergreifen der Arbeit und ferner eine rationellere Ausnutzung der Rohstoffe und sonstigen Arbeitsmaterialien anstreben. Der denkende und vor allem gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wird hierbei dem Unternehmer keine Schwierigkeiten machen, wenn die Arbeiterinteressen dabei genügend Berücksichtigung finden.

Mit dieser Tatsache ist auch ein weiterer Einwand widerlegt; der nämlich, daß jede Lohnsteigerung eine Verteuerung der Ware im Gefolge habe und daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften überhaupt Schuld an der allgemeinen Lebensmittelveerteuerung sei. Wenn durch die Gewerkschaften und den Streik eine technische und organisatorische Verbesserung des Betriebes erzielt wird, dann wirkt das verbilligend auf den Verbrauch.

**Not oder kein Brot.** Wenn irgend ein Arbeitgeber die wirtschaftliche Abhängigkeit seiner Arbeiter benutzt, um deren Gesinnung zu seinen Gunsten zu beeinflussen, so zehert die gesamte sozialdemokratische Presse vom „Vorwärts“ bis zum letzten Winkelblättchen über „Geistes knechtung“ und „Gesinnungsterror“. Und es ist auch bemerkenswert, seine wirtschaftliche Ueberlegenheit dazu zu benutzen, seinen Mitmenschen unter Androhung wirtschaftlicher Schädigung zu zwingen, gegen seine Ueberzeugung zu handeln. Am widerlichsten aber ist eine solche Geistes knechtung, wenn sie von Leuten ausgeht, welche sich selber als die Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit anpreisen. Geistes knechtung ist es auch, wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch den Abschluß von Monopolverträgen den Ausschluß der christlich organisierten Arbeiter vom Arbeitsmarkt zu erreichen suchen und teilweise bereits erreicht haben.

Wie rücksichtsvoll die sozialdemokratischen Gewerkschaften in dieser Beziehung vorgehen, dafür bietet folgender Vorgang bei der Firma Frey u. Cie. in Mülhausen ein bezeichnendes Zeugnis. Eine erst 14 Jahre alte Arbeiterin war auf Drängen ihrer Mutter aus dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande ausgetreten, indem sie einfach keine Beiträge mehr in diesen Verband zahlte. Dieser Zustand währte dreizehn Wochen. Damit gehörte die Arbeiterin auch formell seit sieben Wochen nicht mehr dem genannten Verbande an, denn das Statut des sozialdemokratischen Verbandes bestimmt, daß „der Ausschluß aus dem Verbande erfolgt, wenn ein Mitglied sich länger als sechs Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande befindet“. Aber das Hauptverbrechen der jugendlichen Arbeiterin bestand nicht in ihrem Austritt aus dem sozialdemokratischen Verbande, sondern in einer Handlung, durch welche jedes „Genossengemüt“ aufs höchste empört werden mußte: die Arbeiterin war dem christlichen Verbande beigetreten.

Die führenden „Genossen“ traten zu einem hochnotpeinlichen Gericht zusammen, und dann wurde die Arbeiterin vor die Wahl gestellt, entweder ihre Beiträge für das Vierteljahr nachzahlen und dem sozialdemokratischen Verbande weiter anzugehören — oder ihre Arbeit bei der Firma Frey aufzugeben. Eine Beschwerde der Leitung des christlichen Verbandes bei Herrn Frey war erfolglos. Herr Frey erklärte, er wolle sich wegen der Arbeiterin in keinen Konflikt mit dem Verbande einlassen.

Nach dem Wortlaut des Tarifvertrages hat der Arbeiterausschuß das Recht, vorstellig zu werden, um Nichterfüllung resp. Entlassung zu veranlassen, aber mit keiner Stimme hat Herr Frey die Verpflichtung übernommen, diesem Ersuchen nachzukommen. Es hängt ganz von

Herrn Frey ab, ob er dem Arbeiterausschuß resp. der Organisation den Willen tun will oder nicht. Aber warum soll sich Herr Frey in einen Konflikt einlassen, solange seine kapitalistischen Interessen nicht gefährdet sind. Die „großen Kämpfer“ für Geistesfreiheit aber können sich rühmen, einen mächtigen Gegner zur Stütze gebracht, ein vierzehnjähriges Kind außer Arbeit gebracht zu haben. Wie heißt es doch in dem sozialdemokratischen Liede:

„Nicht mit der Streitmacht der Barbaren,  
Mit Geisteswaffen kämpfen wir —“

Den christlich gesinnten Arbeitern — und auch sonstigen Kreisen, die es angeht — erwächst aus dem obigen Vorgange die Pflicht, nach Kräften für die Förderung der christlichen Gewerkschaften einzutreten.

**Masse und Führer.** Die Maler stehen bekanntlich in der Tarifbewegung. Kürzlich hatten Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu den Schiedssprüchen der Unparteiischen Stellung zu nehmen. Eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Malerverbandes stimmte vernünftigerweise — allerdings erst nach mehrtägiger Debatte — den Schiedssprüchen zu. Dagegen machen nun seine Berliner Mitglieder Opposition. Der Berichterstatter, der den Beschluß der Generalversammlung befürwortete, stieß in der Versammlung der Berliner roten Maler auf heftigen Widerspruch und wurde oft durch erregte Zwischenrufe unterbrochen. In der Debatte wurde der Schiedsspruch laut „Vorwärts“ scharf kritisiert. Es sei unbegreiflich, daß ihm die Generalversammlung zugestimmt habe. „Nicht die Generalversammlung hätte entscheiden sollen, sondern den Mitgliedern hätte man die Entscheidung über die Schiedssprüche überlassen müssen.“ „Nach nie“, sagte ein Redner, „sien die Mitglieder vom Vorstande so an der Nase herumgeführt worden, wie bei dieser Lohnbewegung.“ „Wir wollen nicht abwarten. Gewartet haben wir schon lange genug“, sagte ein anderer. Der Vorschlag, am Montag sofort die Arbeit niederzulegen, fand lebhaften Beifall. Der Gauleiter, der die Verbandsführung verteidigte, wurde oft durch Lärm und Widerspruch unterbrochen und konnte sich nur mit Mühe Gehör verschaffen. Eine Resolution wurde eingebracht, die erklärt, die Versammlung sei mit den Maßnahmen der Generalversammlung nicht einverstanden, von der Ortsverwaltung werde erwartet, daß sie der Stimmung der Kollegen Rechnung trage und eine neue Versammlung einberufe, die entscheiden solle, ob der Streik zu erklären sei oder nicht. Die Versammlung wurde schließlich vertagt.

Ueber das Endergebnis der Debatte hat der „Vorwärts“ noch nicht berichtet. Doch das Vorerwähnte zeigt wieder einmal von neuem, welche Gefahr der Tarifbewegung in dem sozialdemokratischen Radikalismus erwächst. Nur schwer gelint es den „freien“ Gewerkschaften, ihre „Großstadtsocialisten“ bei der Stange zu halten. Den Berlinern wird ja nun wahrscheinlich ihr Wille werden, da die Unternehmer ja ausperren wollen, weil ihnen die Schiedssprüche zu weit gehen. Dadurch wird der sozialdemokratische Verband wohl der Gefahr entzogen, durch die Disziplinlosigkeit seiner eigenen Mitglieder den Kampf provoziert zu sehen.

**Die Tarifbewegung im Maßschneidergewerbe beendet.** Vom 10.—16. Februar fanden in Dresden unter dem Vorsitz eines unparteiischen Kollegiums Einigungsverhandlungen für das Maßschneidergewerbe statt.

Die Verhandlungen gestalteten sich zum Teil recht schwierig, denn neben der Lohnfrage waren die prinzipiellen Streitfragen, deren Schlichtung mehrere Tage in Anspruch nahm. Sämtliche Streitpunkte mußten durch Schiedssprüche erledigt werden. Abgelehnt wurde zunächst ein Antrag des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes, den dieses Jahr abzuschließenden Tarif bis 1916 laufen zu lassen, ferner die Gewährung von Heimarbeitzuschlag und die Verkürzung der Arbeitszeit auf unter 10 Stunden täglich. Der Heimarbeitzuschlag soll bei Einföhrung des Reichstarifvertrages im Jahre 1916 generell geregelt werden. Alsdann wird auch den Wünschen der Heimarbeiter, die in der Herrenmaßschneiderei in Frage kommen und in großer Zahl organisiert sind, Rechnung getragen werden. Dagegen wurde die Vergütung der Nähzutaten überall aufgehoben, das Doppeltarifsystem für mehrere Orte aufgehoben und für eine Anzahl Orte eingeschränkt. In mehreren Fällen wurde die Bildung von Tarifklassen Ia ausgesprochen und eine Verschiebung von Firmen in höhere Tarifklassen vorgenommen. Die Schiedssprüche über die Lohnfrage sehen Lohnerhöhungen von 5—7 Prozent vor. In einigen Fällen, wo bisher außergewöhnlich niedere Löhne zu verzeichnen waren, werden die Löhne bis zu 9 Prozent erhöht. Die Schiedssprüche unterlagen der Beschlußfassung der Parteien, die sich, soweit die Arbeitnehmer in Frage kommen, für Annahme der Schiedssprüche erklärten, womit der Friede im Maßschneidergewerbe gesichert ist.

**Militärfreundliche Genossen.** Daß die englischen Sozialisten zu den Fragen der Landesverteidigung zum Teil ganz anders stehen wie ihre deutschen Gesinnungsgenossen ist bekannt. Insbesondere hat der englische Sozialist Hyndman schon öfters durch seine militärfreundlichen Ansichten von sich reden gemacht. Jüngst nur brachte die „Einigkeit“, das Blatt der Berliner Ultraradikalen bezüglich dessen Haltung folgende Feststellungen:

„Im Jahre 1899 wurde die Colt Maschinen, Kanonen und Karren Kompanie, Akt.-Ges. ins Leben

gerufen. Dieser Kompanie trat Hyndman im Jahre 1904 am 6. Juni als Direktor bei. Die Qualifikation für einen Direktorposten besteht darin, daß man mindestens 500 Aktien à 20 Mk. sein eigen nennt, aber zeitweise hielt Hyndman die Kleinigkeit von 15 250 Aktien. Diese Tatsachen wurden schon des öfters in mehreren Arbeiterzeitungen besprochen, aber bis jetzt hat der Grand Old Man der englischen Sozialdemokratie sich stets in tiefes Schweigen gehüllt. Keine Antwort ist auch eine Antwort, ableugnen geht nicht, es ist einfach wahr, daß der „Genosse“ H. M. Hyndman gleichzeitig aufs größte in der Fabrikation von militärischen Nordwerkzeugen finanziell interessiert ist. Jetzt erst versteht man auch den Schmerz, welchen er in den Spalten der plutokratischen „Morning Post“ zum Ausdruck brachte. Er beklagte es dort aufs tiefste, daß die liberale Regierung auch gar nichts tue zur Abwendung der deutschen Gefahr. Er verlangte nicht mehr und nicht weniger, als daß die Regierung sofort einen Kredit von 100 000 000 Pfd. Sterl. aufnehme, zur Verstärkung von Heer und Marine, um sein Vaterland gegen den Einfall eines äußeren Feindes sicher zu stellen. Wenn Hyndman von dem äußeren Feind spricht, so meint er Deutschland, genau wie die deutschen Sozialdemokraten Rußland als das Gespenst der Kriegsgefahr gebrauchen.“

Wir können nicht feststellen, inwieweit die Behauptungen der „Einigkeit“ zutreffend sind. Interessant ist aber immerhin, daß hier gegen einen Sozialistenführer derselbe Vorwurf erhoben wird, den die „deutschen“ Genossen so oft gegen die „Banzerplattenfabriken“ erheben, den Vorwurf des Geldsackpatriotismus.

**Sozialdemokratische Moralbegriffe.** Der Leiter einer Bergwerksgesellschaft im Ruhrgebiet klagte gegen den verantwortlichen Redakteur der sozialdemokratischen Arbeiterzeitung in Essen. Dieser wurde verurteilt, erklärte sich aber auf Grund seines Anstellungsvertrages als unpfändbar. Der Kläger sollte insolgedessen auch noch die Kosten übernehmen. Der besagte aber nun den Klageweg gegen den Verlag der Arbeiterzeitung und beantragte, den Anstellungsvertrag als gegen die guten Sitten verstößend zu bezeichnen und den Verlag zur Zahlung der Prozeßkosten zu verurteilen. Das Rgl. Landgericht als Berufungsinstanz, gab dem statt und verurteilte den Verlag zur Zahlung. Die Urteilsbegründung enthält laut „Köln. Volksztg.“ folgende interessante Feststellungen:

„Durch den Anstellungsvertrag habe die Arbeiterzeitung, wie sie in der Ausgabe vom 29. August 1909 geschrieben habe, den „finanziellen Herdengang“ der Gegner erzielt, und zugleich auch erreicht, daß etwaige zur Erhebung von Privatklagen Berechtigte der hohen Kostenlast wegen von der Verfolgung ihres Rechtes Abstand genommen hätten. Eine solche finanzielle Schädigung der Gegner und Beeinträchtigung der Rechtsverfolgung sei von der Beklagten gerade beabsichtigt, darüber ließen die in der Arbeiterzeitung enthaltenen Äußerungen, in denen triumphierend auf die Aussichtslosigkeit der Verfolgung der Redakteure hingewiesen wird, gar keinen Zweifel. Die wirtschaftliche Sicherstellung der Eltern des Redakteurs sei nicht Beweggrund des Vertragschlusses. Der Vertrag sei von einem großen Teil der sozialdemokratischen Presse, darunter auch von der Beklagten, mit allen Redakteuren schablonenmäßig geschlossen worden, um als praktisches Kampfmittel zu wirken. Dieses Vorgehen, das die absichtliche Schädigung der durch die sozialdemokratische Presse Angegriffenen bezwecke, verdiene die Mißbilligung aller billig und gerecht Denkenden; die Vertragsbestimmung über die Auszahlung des Gehalts an den Vater des Redakteurs sei daher nichtig.“

Nichts ist mehr geeignet, die unehrliche und gewissenlose Kampfesweise der sozialdemokratischen Presse zu kennzeichnen, wie die hier zutage tretende bewusste Absicht, den beleidigten Gegner noch dadurch zu verhöhnern, daß man ihm die Prozeßkosten aufhakt. Man sieht, es geht nichts über die sozialdemokratischen Moralbegriffe!

## Aus unserer Industrie.

### Die Geschäftslage in der deutschen Jute- und Teppich-Industrie.

Die allgemeine Geschäftslage in der deutschen Juteindustrie hat seit 1912 einen stetigen Klatten Verlauf genommen. Trotz der hohen Futurpreise gelang es den Betrieben fast allenthalben, im Reich schädigende Verkaufspreise des Fertigfabrikates hintanzuhalten. Auch gegenwärtig sind die Geschäftsaussichten günstig, da für die nächsten Monate der Auftragsbestand noch groß ist. Man rechnet aber auch weiter damit, daß es nun endlich gelingt, im Orient und Balkan Ruhe zu schaffen, so daß wieder allgemein beruhigende Momente im Weltgeschäft die Grundlage bilden werden.

In der Fabrikation von Teppichen und verwandten Artikeln gestaltet sich der Absatz schon besser. Die Teppichweberzien und solche für Laufestoffe bleiben befriedigend beschäftigt. Es werden hauptsächlich Neuheiten verlangt. Verbürte-Teppiche haben sich gut eingeführt. Sogenannte Mohair-Angora-Teppiche, Säuer und Decken in modernen Mustern finden gute Aufnahme und Absatz. In der deutschen Yngminster-Teppichfabrikation erhält sich guter Absatz. Die Gesamtproduktion ist sowohl nach Quadratmetern als nach ihrem Verkaufswert gestiegen. Schwierigkeiten bereiten jedoch die Preisverhältnisse. Zunächst hat die Teppichindustrie unter einem Hochstand der Preise



für alle Garne und Materialien sehr zu leiden. Trotz der ungünstigen Handelsverträge mit fast allen Staaten Europas und Amerikas unterhält die Teppichindustrie ihr bedeutendes Exportgeschäft, wenn auch unter Schwierigkeiten und Opfern. Bemerkbar macht sich im Auslandsverkehr in den letzten Jahren die englische Konkurrenz, welche sich bemüht, große, abgepaßte Salonteppeiche, namentlich in Amerika, unterzubringen. Neue Erleichterungen für den Export erreichen durch die Zollserhöhungen auf deutsche Teppiche in Schweden, Belgien und Holland.

Nicht allein das Auslandsgeschäft kann nur dann aufrechterhalten werden, wenn jedem einzelnen Lande je nach seinem Geschmack, nach seinen besonderen Wünschen und Bedürfnissen die geeigneten Muster und Qualitäten in großer Auswahl zugeführt werden, sondern auch in Deutschland selbst sind durch die rasch wechselnde Mode die Ansprüche an Musterung und Lagerhaltung immer größer geworden.

### Die Kartelle in der Textilindustrie und der Plan einer Zentralkarte.

Wohl in keiner der deutschen Industrien sind in den letzten Jahren soviel Kartelle geschlossen worden, wie in der Textilindustrie. Allerdings mag dabei hinzugefügt werden, daß ein nicht unerheblicher Prozentsatz dieser Kartelle eine besondere Tätigkeit nie oder in kaum bemerkenswerter Weise ausgeübt hat, und daß weiter viele von ihnen sehr bald nach ihrer Bildung wieder aufgelöst wurden.

Bei der Eigenart der meisten Textilbetriebe und in Berücksichtigung, daß viele Zweige der Branche sich aus zahlreichen kleineren und kleinsten Etablissements zusammensetzen, bei welchen die Kartellierung fast unmöglich erscheint, kann man von Kartellen im wahren Sinne des Wortes nur in Bezug auf die Futeindustrie, die Flachspinnerei und in bedingter Weise auch hinsichtlich der Baumwoll- und Tuchfabrikation sprechen. Anfänge der Kartellierung bestehen in der Futeindustrie, während die in den anderen Zweigen der Branche vorhandenen oder vorhandenen gewesenen Kartelle nur zu einem bestimmten Zweck geschlossen wurden. Selbst in der Seidenindustrie, in der es mehrere kräftige Organisationen gibt, hat der eigentliche Kartellgedanke keinen Fuß fassen können. Beachtenswert aber ist es, daß demgegenüber im letzten Jahre die Kartelle, welche die eigentlichen Hilfsindustrien der Textilbranche umfassen, sich verhältnismäßig kräftig entwickeln konnten und daß selbst die Abnehmer-Organisationen der Textilindustrie ein so gewichtige Position zu erlangen imstande waren, an der es sehr vielen Industriellen-Organisationen mangelt.

Von dieser Erkenntnis ausgehend, ist in letzter Zeit von maßgebender Seite der Plan angeregt worden, eine „Zentralkarte für die Textilindustrie“ zu schaffen, die das Fehlen eines Zusammenhanges in den einzelnen Zweigen erledigen soll. Die Absicht geht dahin, daß diese Zentralkarte die gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Textilindustrie zu vertreten hätte, während die besonderen Fragen jedes einzelnen Zweiges nach wie vor von diesem selbst zu behandeln wären. Noch hat der Plan keine greifbare Gestalt angenommen, doch erscheint er immerhin beachtenswert, da hinter ihm die Vertreter der maßgebendsten und bestorganisierten Zweige der deutschen Textilindustrie stehen.

### Neubau von Textilfabriken in den Vereinigten Staaten von Amerika 1912.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wurden im Jahre 1912 insgesamt 265 neue Textilfabriken errichtet, während die Durchschnittszahl für solche Neubauten im letzten Jahrzehnt 269 betrug. Die Anzahl der Spindeln in den errichteten Fabriken war für 1912 und die beiden Vorjahre die folgende:

Staaten	1912	1911	1910
Neu England . . . . .	94400	170500	468714
Süden . . . . .	437000	172000	214028
Mitte und Westen . . . . .	1700	4920	12500
<b>Summe</b>	<b>533100</b>	<b>347420</b>	<b>695242</b>

### Enorme Einfuhr baumwollener Garne nach Deutschland.

Ueber bedeutende Einführungen österreichischer Garne nach Deutschland wird in den letzten Monaten aus verschiedenen Teilen unseres Vaterlandes berichtet. Diese Einfuhr fremder Waren hat sogar hier und da auf den Geschäftsgang der Spinnereien sehr nachteilig eingewirkt. Zunächst führen diese Einfuhr wohl auf die bedeutenden Exportationen, die die gut organisierten Baumwollspinnereien Österreichs unternahmen, um ihre Behälter zu füllen und namentlich um über die jetzt infolge des Balkankrieges vorhandene Knappheit hinwegzukommen.

In der Handelskammer Münster war die Sache Gegenstand eingehender Besprechung gewesen. Das Protokoll der betr. Sitzung (vom 13. Februar 1913) berichtet darüber:

Eine Baumwollspinnerei des Bezirks macht die Handelskammer auf den enormen Import baumwollener Garne aus Österreich nach dem Deutschen Reich aufmerksam. Sie erbittet darin eine große Erleichterung der heimischen Industrie und ersucht deswegen um Ergründung geeigneter Maßnahmen. Da die deutschen Baumwollgarne über Nr. 32 gegenüber der Schweiz und damit auch gegenüber Österreich durch die bestehende Handelsverträge bis Ende 1917 festgelegt sind, eine Erhöhung der Zuzahlung

unter 32 zwar an sich möglich, dann aber nicht nur Österreich, sondern allen übrigen Staaten gegenüber Platz greifen müßte, so beschließt die Versammlung auf Vorschlag des ständigen Ausschusses, von irgendwelchen Schritten abzusehen, da Zollmaßnahmen gegenüber Österreich zur Abwehr der voraussichtlich nur vorübergehend gestiegenen Einfuhr österreichischer Baumwollgarne als aussichtslos zu bezeichnen sind.

### Rohstoffversorgung der deutschen Textilindustrie.

Wolle und Flach sind die beiden einzigen Rohmaterialien der Textilverarbeitung, die in beträchtlichen Mengen in Deutschland gewonnen werden; ohne Weltverkehr und internationalen Güteraustausch gäbe es in Deutschland kein Baumwollgewerbe, keine Seidenindustrie und keine Futefabrikation. Aber selbst in den beiden erstgenannten Rohprodukten kann der deutsche Bedarf bei weitem nicht mehr vom Inland aus befriedigt werden; gerade bei Wolle übersteigt die Einfuhr von Jahr zu Jahr in erheblichem Grade die Ausfuhr.

In der Baumwollzufuhr der letzten Jahre lassen sich allerdings sehr bedeutende Schwankungen feststellen; je nach dem Ausfall der nordamerikanischen Ernte und den teilweise dadurch bedingten Preisverhältnissen wurden die Lieferungen bald größer, bald geringer. In Uebereinstimmung mit der Besserung der Geschäftslage bei einem Teil der deutschen Baumwollfabriken ist indes die Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes für Rohbaumwolle im abgelaufenen Jahre ganz merklich gewachsen. Einfuhr und Ausfuhr sowie daraus errechnete Mehreinfuhr von Rohbaumwolle entwickelten sich während der letzten Jahre nach 1000 Doppelzentnern folgendermaßen:

Jahr	1912	1911	1910	1909	1908	1907
Einfuhr . . . . .	5424	4726	4267	4845	4747	5038
Ausfuhr . . . . .	535	404	505	555	541	538
Verföhrung . . . . .	4889	4322	3762	4290	4206	4500

Mit Recht hat man schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten an der Versorgung des deutschen Marktes mit Rohbaumwolle in immer stärkerem Grade beteiligt sind; der prozentuale Anteil Britisch-Indiens und Ägyptens geht zurück.

Für den heimischen Mehrbedarf an roher Wolle kommt in erster Linie Australien, in zweitemer Abstand Britisch-Südafrika und Südamerika in Betracht. Die Quantitäten unverarbeiteter Wolle, die aus Deutschland an den Weltmarkt gelangen, sind gegenüber unserer Wollzufuhr recht unbedeutend. Für die letzten fünf Jahre ergibt sich folgende Bewegung der Wollversorgung des deutschen Marktes nach 1000 Doppelzentnern:

Jahr	1912	1911	1910	1909	1908	1907
Einfuhr . . . . .	2183	1976	1979	1959	1800	1853
Ausfuhr . . . . .	175	142	166	172	135	163
Mehreinfuhr . . . . .	2008	1834	1813	1787	1665	1690

Ganz auffallend gleichmäßig ist in den letzten Jahren die Mehreinfuhr von Rohseide in das deutsche Zollgebiet geblieben; die deutsche Seidenindustrie arbeitet nach einem merklichen Fortschritt vor vier Jahren andauernd im gleichen Schritt weiter, ohne spürbaren Rückgang, aber doch ohne sonderliche Belebung. Von 1907 auf 1909 erhöhte sich die deutsche Mehreinfuhr von roher Seide um 6318 Doppelzentner auf 64224 Doppelzentner; sie blieb ungefähr auf dieser Höhe und erreichte sich im Gesamtverlauf des Jahres 1912 auf 64037 Doppelzentner.

Nicht so gleichmäßig war der Geschäftsgang der Futeindustrie in dieser Konjunkturperiode. Bis zum Jahre 1909 war ein kräftiger Aufstieg zu beobachten, dem im Jahre 1910 ein ganz empfindlicher Rückgang folgte; von den Schwierigkeiten des genannten Jahres hat sich die Futeindustrie allmählich wieder erholt; das kommt auch in folgender Tabelle zum Ausdruck, die den Ueberschuß der Futeinfuhr über den Export nach 1000 Doppelzentnern angibt:

Jahr	1912	1911	1910	1909	1908	1907
Mehreinfuhr . . . . .	1511	1349	1223	1682	1461	1482

Die Versorgungsmenge des Jahres 1910 ist also auch nicht wieder erreicht. Schließlich bleibt zu erwähnen, daß der Flachbedarf seit 1907 kräftig zunahm. Mit Schwankungen ergab sich von 1907 bis 1912 eine Steigerung der Flachversorgung von 319046 auf 447319 Doppelzentner.

### Aus dem Verbandsgebiete.

#### Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

##### Greiz.

In eine Lohnbewegung eingetreten sind die bei der Firma F. H. Kalz beschäftigten Spinnerelarbeiter. Gefordert werden:

Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich, Festlegung eines Lohnarfs und Aushängung desselben, 15% Lohnserhöhungen.

Wie mitgeteilt wird, sind bei den bisherigen Verhandlungen Vereinbarungen zur Beilegung der Differenzen nicht zustande gekommen, weshalb die Arbeiterchaft am 8. März die Kündigung eingereicht hat. Die Firma beschäftigt ungefähr 70 Arbeiter und soll bereits mit der Veranziehung fremder Arbeitskräfte gedroht haben. Die Kollegen unseres Verbandes, welche sich auf der Reise befinden, mögen das benachrichtigen und den genannten Betrieb meiden.

#### Krefeld.

Ausstand der Färbereiarbeiter und Arbeiterinnen. — Große Aussperrung. Bekanntlich lief der Lohnarif der Färber schon am 4. Dezember 1912 ab. Ende Oktober vorigen Jahres reichten die Arbeiter einen neuen Tarif den Arbeitgebern ein. Damals wurde aber trotz längerer Verhandlungen keine Einigung erzielt. Näheres über den Verlauf haben wir in Nr. 51 unseres Organs berichtet. Seitdem stehen die Färber in einer tariflosen Zeit.

Am 27. Januar dieses Jahres richteten die Arbeiter durch ihre Organisationen erneut eine Eingabe zwecks Tarifabschluß an den Arbeitgeberverband. Es kam aber vorerst nicht zu Verhandlungen. Schließlich reichten die Färber am 21. Februar die Kündigung ein und traten am 22. Februar in den Ausstand. An demselben sind etwa 2600 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt.

Während der ersten Streiktage fanden Verhandlungen statt. Da dieselben nicht zu einer Einigung führten, so fahen die Arbeitgeber den Beschluß, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilbetriebe von Krefeld und Umgegend auf den 15. März zu kündigen.

So steht der Krefelder Bezirk mal wieder vor einer größeren Aussperrung. Falls keine Einigung erzielt wird, so wird dieselbe beim Erscheinen dieser Nummer bereits zur Tatsache geworden sein.

#### Sommerfeld.

Mit einem Erfolge beendet. Der Streik in den hiesigen Textilbetrieben ist nach fünftägiger Dauer mit einem Erfolge für die Arbeiter beendet worden.

Wir werden in der nächsten Nummer eingehend darüber berichten.

#### Biersen.

Zum Abbruch des Streiks bei der Firma Connerth u. Hüttges. In der vorletzten Nummer der Textilarbeiterzeitung wurde in einer kurzen Notiz über den Abbruch des Streiks bei der Firma Connerth u. Hüttges berichtet. Zur genaueren Orientierung unserer Mitglieder wollen wir zunächst nochmals in aller Kürze die Ursachen des Streiks anführen.

Am Freitag, den 29. November 1912, wurde der Webern durch Anschlag folgendes bekannt gemacht:

„Vom 1. Dezember ab wird für 12- und 14-gängige Stühle, Artikel 25, Gummifaden, 6 cm breit, 4 Pfg. pro Meter gezahlt.“

Derselbe Artikel wurde sonst auf denselben Stühlen mit 5 Pfg. pro Meter entlohnt. Nachdem mehrere Verhandlungen seitens des Ausschusses mit der Firma zu keinem befriedigenden Resultat führten, kündigte die Firma den vier Webern, welche bis heran die 12- und 14-gängigen Stühle bedienten. Hierauf reichten auch die anderen Weber geschlossenen die Kündigung ein. Am 18. Dezember war die Kündigung abgelaufen und traten die Weber an diesem Tage in den Streik. In dem Betriebe waren 20 Gummibandweber beschäftigt. Davon waren 13 Mitglieder der „Freien Vereinigung“ (Anarcho-Sozialisten), vier Mitglieder unseres Verbandes und je ein Mitglied der „freien“ und der Friedrich Danderechen Gewerkschaft, ein Weber gehörte einem hiesigen Lokalverbande an. Die „Freie Vereinigung“ verfügte mit hin über eine starke Majorität; es befand sich auch die Streikleitung in deren Händen. Während des Streiks fanden mehrere Aussprachen mit den Firmeninhabern statt, doch führten dieselben zu keinem Ergebnis. Am 20. Februar wurde in einer Belegschaftsversammlung beschlossen, den Kampf abzubrechen.

Weshalb mußte nun der Kampf abgebrochen werden? Zunächst war es die schlechte Konjunktur, die dem Arbeitgeber sehr zu schaffen kam. Die Aufträge waren minimal und hatten keine Eile. Aus diesem Grund konnte die Firma einwillen der Sache ruhig zusehen. Des weitern hatten die Streikenden sich aber auch insofern arg verrechnet, als sie niemals gedacht hätten, daß das „aufgeklärte“ Wuppertal die Herausreißer liefern würde. Ja, man sollte es nicht für möglich halten, beim Abbruch des Streiks waren zehn Arbeitswillige im Betriebe. Einer davon, ein ganz junger Mann und Sohn eines früheren Betriebsleiters, kann man als Lehrling bezeichnen und wurde auch von den Streikenden als solcher behandelt. Die übrigen neun kamen alle aus Barmen und Umgegend. In der zweiten Hälfte des Januar 1913 waren bereits vier Arbeitswillige dort beschäftigt. Die sozialdemokratische „Freie Presse“ aus Elberfeld bezeichnete in ihrer Ausgabe vom 28. Jan. die Namen der Arbeitswilligen wie folgt: Adolf Wälfrath, Friedr. Wälfrath, Adolf Rothenstein, Oskar Ott, alle aus Barmen. Am Schluß der betreffenden Notiz hieß es dann: Die Gebrüder Wälfrath sind zwei in der Wuppertaler Arbeiterbewegung nicht unbekannt Persönlichkeiten. Wir glauben der „Freien Presse“ dieses auf's Wort und wollen noch ergänzend hinzufügen: Die Gebrüder W., Arbeitswillige der Firma Connerth u. Hüttges, waren langjährige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, seit 1906 resp. 1906 Mitglied des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes und gehörten nebenbei auch noch einem sozialdemokratischen Gesangsverein an. Man sieht also, die langjährige sozialdemokratische Erziehung hat hier ihre „unbringende“ Wirkung nicht verfehlt. Noch ein anderer Arbeitswilliger, ein Schwager des A. Wälfrath, namens Blomberg, war ebenfalls Mitglied des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Ob sie es noch sind, wissen wir nicht. Bis vor wenigen Wochen waren sie noch nicht ausgeschlossen. Der Genosse Blomberg versuchte in Barmen seine Tat zu beschönigen, indem er die direkte Unwahrheit verbreitete, der christliche Textilarbeiterverband habe den Streik nicht bewilligt und bezahle



seinen Mitgliedern auch keine Unterstützung. An dieser Behauptung ist kein wahres Wort; es sollte hier der Zweck die Mittel heiligen. Was einem Uneingeweihten auffallen könnte, ist der Umstand, daß man über diesen Streikbruch das übliche Geschrei in den sozialdemokratischen Fach- und Parteiblättern vermischt. Aber Bauer, hier ist es auch etwas anders.

Aus unseren Bezirken.

Eine Gaukonferenz im Breisgau.

Wie in den übrigen Gauen, so fand auch für die Ortsgruppen des Breisgauer am Sonntag, 9. Februar, im "Santerbräu" in Freiburg eine Gaukonferenz statt, die von 26 Teilnehmern besucht war, nur Offenburg fehlte. Vormittags referierte Kollege Kümmele-Börrach über die am 1. Januar in Kraft getretenen neuen Bestimmungen des Statuts und die Geschäftsführung in den Ortsgruppen. Nach dem gemeinsam eingenommenen Mittagessen berichteten die Kollegen aus ihren Ortsgruppen und Betrieben, worauf manche Fingerzeige für die praktische Arbeit in der Zukunft gegeben werden konnten. Aber auch manche interessante Vergleiche konnten angestellt werden, sind doch die Verhältnisse in den einzelnen Orten sehr unterschiedlich. Zum letzten Punkt "Verschiedenes" sprach Kollege Kiefer-Säckingen über die Fortführung der allgemeinen Agitation, dabei auf die schönen Erfolge derjenigen Orte verweisend, die ernstlich gearbeitet haben. Auch die Einrichtung der Orts- und Bezirksberichterinnen wurde noch erläutert und offen zur Einführung empfohlen. Mögen nun die Vorsitzenden und Vertrauensleute die empfangenen Anregungen auch in die Tat umsetzen, oder doch den Versuch dazu machen, dann wird auch im herrlichen Breisgau unsere Bewegung noch weiter erstarken.

Die Agitation unter den Textilarbeiterinnen der Rheinpfalz.

Vielfältig sind die Erwerbsberufe der Bevölkerung in der schönen Rheinpfalz. Unter der industriellen Tätigkeit nimmt auch die moderne Textilarbeit einen besonderen Platz ein. Und zwar ist es keine Textilarbeit, die sich auf eine Branche beschränkt; es finden sich Baumwollspinn- und Webereien, verschiedene Strumpffabriken, Seiden- und Sammetweberei, Tuchfabriken und einzelne Betriebe der Woll- und Futurweberei.

Das zeigt, wie verschiedenartig die Textilindustrie der Rheinpfalz ist. Recht vielfältig sind aber auch die Verhältnisse, unter denen die Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Leben verbringen. Das haben die in der Zeit vom 5. Februar an stattgefundenen Versammlungen erwiesen.

Als erste kommt die in Pirn a. d. Nahe in Betracht. Hier fehlt noch vieles an den Arbeits- und Lohnverhältnissen. Allerdings, der wenig erfreuliche Stand der Verhältnisse ist erklärlich. Einerseits sind es die das Gebiet gewissermaßen beherrschenden Arbeitgeber, die scheinbar kein Verständnis haben für die Interessen der Arbeiterchaft. Dann sind es — bei den Arbeitern — die Fachabteilungen, welche die Unselbständigkeit ganz gewaltig vergrößern und niemals das so notwendige Selbstbestimmungsrecht im Wirtschaftsleben herbeiführen können. Was Wunder, daß sich im Laufe der Zeit mißliche Dinge in den dortigen Strumpfwirkerien herausstellen mußten. Da ist es wirklich an der Zeit, daß von den Arbeitern und Arbeiterinnen alle Fruchtsamkeit und namentlich alle Uneinigkeit abgestreift wird. Nur dem Mutigen gehört die Welt. Wollen die Kollegen und Kolleginnen in Pirn dieses Wort als Richtschnur nehmen!

Die Arbeiterchaft der Firma Lampertsmühle bei Kaiserslautern verteilt sich auf verschiedene Dörfer. Darum wurde in Otterbach und in Erfenbach je eine Versammlung abgehalten. Interessant ist, daß fast aus jeder Abteilung des Betriebes andere Klagen laut wurden. Wie kommt das? So fragt man sich unwillkürlich. Es sind eben eine übergroße Anzahl Arbeiterinnen noch unorganisiert, und von diesen ist ein Teil aus dem Ausland. Darum kann man den Arbeiterinnen so viel zumuten: morgens und mittags früher zu kommen, jeden Tag eine Anzahl Minuten länger zu arbeiten, Samstags in 10 Minuten oder 1/2 Stunde die Maschinen zu putzen, und schließlich, um die Ruhezeit mal wieder gründlich zu machen, Sonntags morgens von 8-12 Uhr ungefähr zu kommen! Die Mädchen werden ja wohlweislich gefragt, ob sie Sonntags putzen kommen wollen. Soll die Arbeit von statten gehen, müssen sie ja ihre Maschinen gründlich rein machen. Aber statt daß die Arbeiterinnen eine ausreichende Ruhezeit an den Samstagen verlangen, gehen sie am Sonntag — nach einer Woche schwerer Mühe — auch noch arbeiten — aber ohne jedes Entgelt!!

In Contwig bei Zweibrücken sieht es auch nicht rosig aus. Es wird in den Betrieben nicht besser, solange sich die Arbeiterinnen fern von gewerkschaftlicher Arbeit halten.

Lambrecht hatte eine sehr gute Versammlung aufzuweisen. Hoffentlich trägt sie gute Früchte.

Die letzte Versammlung fand in Oggersheim statt. Eine hübsche Anzahl Kolleginnen hatte sich dazu eingefunden. Es müssen aber mit der Zeit noch mehr werden!

Das Ergebnis der Versammlungen kann folgendermaßen zusammengefaßt werden: Sofern alle Kolleginnen aus der bayerischen Rheinpfalz eifrige Mitarbeiterinnen sind, werden noch viele Arbeiterinnen unserem Verbande zugeführt.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Brombach. Wenn man bedenkt, daß der Versammlungsbefuch nicht die starke Seite der hiesigen Arbeiterschaft ist, so muß der Besuch unseres Familienabends am 23. Februar im „Stischen“-Saale ein ziemlich guter genannt werden. Auch von Börrach waren etliche Kollegen und Kolleginnen erschienen. Im Mittelpunkt des Abends stand der Vortrag des Kollegen Rümmele über „Deutsche Wirtschaftskrisen am Balkan und in der Türkei“, welcher durch Lichtbilder von den Balkanstaaten und Konstantinopel ergänzt wurde. Auch ein Prolog und verschiedene Gedichte wurden von den Kolleginnen frisch vorgetragen. Die Gesangabteilung des katholischen Arbeitervereins erfreute durch mehrere Liedervorträge und der Zitherklub durch einige Musikstücke. Allen Mitwirkenden sei bestens gedankt. Und nun, die nächste Versammlung am 16. März, in der ein auswärtiger Kollege spricht, ebenso zahlreich besucht und Gäste und Angehörige mitbringen.

Wotzheim. Der bisherige Vorsitzende Woffen und der Schriftführer Eufen wurden in unserer Generalversammlung wiedergewählt. Kollege Stiels-Lobberich hielt uns einen sehr verständlichen und packenden Vortrag über die Pflichten unserer Mitglieder gegenüber dem Verbands. Hoffentlich macht sich die Wirkung des Vortrages recht bald in unserem örtlichen Verbandeleben bemerkbar. Ein Antrag, ein händiges Verkehrslokal für uns zu bestimmen, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Cornelminster. Unsere diesjährige Generalversammlung verlief ziemlich anregend. Aus dem Jahresbericht unseres Kassierers sei erwähnt: Der Mitgliederbestand ist annähernd derselbe wie im Vorjahre. Die Gesamteinnahmen betragen 1899,30 M., an die Zentralkasse abgeliefert 1026,48 M., an Krankenunterstützung gezahlt 70,45 M., an Arbeitslosenunterstützung 92,60 M., Bestand der Ortsgruppenkasse am Schlusse des Jahres 332,04 M. In den Vorstand wurden die auscheidenden Kollegen Bent und Wagemann einstimmig wiedergewählt. Unser Bezirksleiter, Kollege Erwald Weber, wies, berichtete dann über die gegenwärtige Situation im Nachener Bezirk. Die Geschäftslage in der Nachener Tuchindustrie sei in der letzten Zeit im Allgemeinen nicht günstig gewesen, hauptsächlich infolge einer Unstimmigkeit zwischen den Fabrikanten und den Abnehmern. Trotzdem seien in mehreren Fällen, durch Eingreifen des Verbandes, Verbesserungen erzielt worden. Namentlich in einem Falle auch für jugendliche Arbeiterinnen, ein Beweis, daß auch für diese die Organisation dringend notwendig ist. Redner schloß mit einer Aufmunterung an die Mitglieder, erneut durch eine planmäßige Hausagitation den Verband zu stärken, seine mit vielem Beifall aufgenommenen Ausführungen. In anbetrachter Wichtigkeit der Tagesordnung und der Tatsache, daß alle Mitarbeiter durch Karte persönlich eingeladen waren, hätte der Besuch doch noch etwas besser sein können.

Dülken. Das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften und der katholische Arbeiterverein von Dülken richteten an den Stadtrat und an den Gemeinderat den Antrag, die Kosten für Leichenschau und Desinfektion auf den Haushaltetat zu übernehmen. Als Begründung wurde angeführt: Was die Kosten für Desinfektion anbelangt, so sind ansteckende Krankheiten, besonders Kinderkrankheiten, recht häufig im verflochtenen Jahre vornehmlich in Arbeiterfamilien aufgetreten. Ist es an sich schon für eine Arbeiterfamilie schwer, in diesen Tagen der Teuerung mit dem Arbeitsverdienst auszukommen, so ist es in Krankheitsfällen fast ausgeschlossen, ohne Einschränkungen oder Schuldmachen hauszuhalten. In vielen Fällen tritt nun aber, wenn die Krankheit eine ansteckende war, die Pflicht der Desinfektion ein, was auch wieder mit großen Kosten, die zudem direkt in Bar entrichtet werden müssen, verbunden ist. Nun kommt es vor, daß sich in ein- oder derselben Familie kurz hintereinander die Fälle ansteckender Krankheiten wiederholen und daher die Desinfektion erneut hohe Ausgaben verursacht. Die ohnehin durch langwierige Krankheit finanziell schwer geschädigte Arbeiterfamilie empfindet die Zahlung dieser Gebühren als eine Härte, welche beseitigt werden könnte durch Übernahme der Kosten auf den Etat.

Bezüglich der Uebernahme der Kosten für Leichenschau gilt im wesentlichen das schon oben Angeführte. Nur könnte sich die Situation noch infoloren verschlimmern, als bei ansteckenden Krankheiten mit billlichem Ausgange neben den Kosten für Desinfektion auch noch die Leichenschaugebühren zu entrichten wären. Wie schon erwähnt, sind die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse derart, daß es einem Arbeiter schon schwer fällt, in gesunden Tagen mit seinem Arbeitslohne die Kosten der Lebenshaltung zu bestreiten. Diese Schwierigkeiten werden aber geradezu unheilbar, wenn Krankheiten und Todesfälle außerordentliche Ausgaben bedingen. Deshalb dürfte die Bitte um Annahme des vorliegenden Antrages wohl Gehör finden, zumal die lokalen Verhältnisse Dülkens in Bezug auf Arbeitsverdienst keine rosig sind. Auch ist nur ein geringer Prozentsatz der Arbeiterfamilien den Krankenkassen angeschlossen, und sind sie, falls Krankheiten auftreten, auf sich allein angewiesen. Wenn auch in früheren Jahren der vorliegende Antrag schon gestellt, aber nicht zur Annahme gelangt ist, so hoffen wir, daß die Stadt- und Landgemeindevorstellung, dem Beispiel anderer Städte folgend, soviel soziales Verständnis zeigt und für die geringsten Wünsche der dortigen Arbeiter eintritt.

Ensfirchen. Am 23. Februar fand unsere ordentliche Generalversammlung statt, deren Besuch, besonders von Seiten der Tagelöhner, hätte besser sein können. Der Vorsitzende, Kollege Jakob Breuer, erstattete vom Kassenericht vom dritten Quartal 1912. Dem Kassierer, Kollege Kremer, wurde einstimmig Entlassung erteilt. Kollege Marx gab in einem Jahresbericht ein Bild von den Arbeiten innerhalb der Ortsgruppe im verflochtenen Jahre. Es fanden statt 8 Mitgliederversammlungen, 1 öffentliche Versammlung, 10 Fabrikbesprechungen und 22 Vorstand- und Vertrauensmännerbesprechungen. Leider zeigten eine Anzahl Mitglieder sehr wenig Interesse für das gewerkschaftliche Leben an Orte und glauben an den Versammlungen und Veranstaltungen der Ortsgruppe nicht teilnehmen zu brauchen. Die Gesamteinnahmen der Ortsgruppe betragen M. 4352,55, wovon M. 2815,83 an die Zentralkasse abgeliefert wurden. In der Diskussion wurde vom Kollegen A. Scheffen auf die gewerkschaftlichen Erfolge hingewiesen, sowie auf die Interessenlosigkeit mancher Arbeiter gegenüber ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Er schloß mit einem Appell an die Anwesenden und bat um rege gewerkschaftliche Betätigung. Bei den darauf getätigten Vorstandswahlen wurden die auscheidenden Vorstandsmitglieder wiedergewählt. An Stelle des Kollegen Stiehdorf wurde Kollege A. Scheffen neugewählt. Vor Schluß der Versammlung wurden noch einige Vorkommnisse auf gewerkschaftlichem Gebiete besprochen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche, auch in Zukunft treu und fest zum Verbands zu stehen. Unsere Parole müsse kändig lauten: Vorwärts immer, rückwärts nimmer.

Greiz. Maulwurfsarbeit. Seit einiger Zeit versuchen Agitatoren des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes Verwirrung unter unsere Mitglieder zu bringen. Diese Tätigkeit ist durch den unglücklichen Friedensschluß, den der genannte Verband bei Beendigung der Färbereiarbeiterausperrung eingehen mußte, leicht verständlich. Hat er sich doch dadurch die Sympathien bei der bisher unorganisierten Arbeiterschaft verschert. Wenn deshalb die sozialdemokratischen Agitatoren ihr Arbeitsgebiet verlegen, so ist das nicht verwunderlich. Man glaubt, dem bisher leistungsfähigen, christlichen Textilarbeiterverband die Mitglieder abtreiben, um so ungestört in dem hiesigen Industriegebiet schalten und walten zu können. Die sozialdemokratischen Agitatoren stellen also unsere Mitglieder auf die Stufe jener Leute, von denen es heißt, daß sie nicht alle werden. Gegen eine solche niedrige Einschätzung muß sich unser ganzes Innere aufbäumen.

Wir lassen uns nicht beirren! Wir wissen, daß der christliche Textilarbeiterverband jederzeit unsere Interessen gegenüber dem Arbeitgeberum vertreten hat. Gegenüber den Monopolbestrebungen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes hat uns der christliche Textilarbeiterverband immer in Schutz genommen. In allen Notfällen wie Streik, Ausperrung, Krankheit, Arbeitslosigkeit, in Sterbefällen stand uns der christliche Textilarbeiterverband mit seinem Kassensvermögen zur Seite. Darüber besagt der Jahresbericht der Ortsgruppe Greiz folgendes:

In Unterstützung wurden in unserem Orte im Jahre 1912 ausgezahlt:

Table with 2 columns: Support type and amount. Includes: Streikunterstützung 3400,60 M., Krankenunterstützung 1468,25 M., Arbeitslosenunterstützung 432,20 M., Sterbegeld 340,00 M., Summa: 5641,05 M.

Diese Zahlen beweisen am besten, welchen Wert der christliche Textilarbeiterverband für uns besitzt. Und darum wollen wir für die Erstarkung des Verbandes sorgen. Jedes Familienmitglied, das bisher noch nicht unserem Verbands angehört, wird unverzüglich angemeldet. Von den jugendlichen Personen unter 16 Jahren wird Eintrittsgeld nicht erhoben. Der Verband gewährt den jugendlichen Kollegen, die ihrer Militärpflicht genügen, eine Militärunterstützung. Es empfiehlt sich deshalb, alle jugendlichen, die zu Ostern die Schule verlassen und sich Beschäftigung in hiesigen Webereien oder Färbereien suchen, unserem Verbands zuzuführen. Bei Uebertritten werden die in einem anderen Verbands geleisteten Beiträge voll angerechnet. Die richtige Antwort auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Agitatoren ist eine intensive Agitationsarbeit für unseren christlichen Textilarbeiterverband.

Greiz. Besser besucht hätte unsere letzte Arbeiterinnenversammlung sein können. Kollege Melchers gab einen Bericht von der Entwicklung unseres Verbandes im Vogtlande. Alsdann referierte die Heimarbeiterinnensekretärin, Fräulein Grotte-Filling aus Leipzig, über das Thema: „Das Gewerkschaftsleben Leipziger Heimarbeiterinnen.“ Familienverhältnisse, Arbeits- und Lohnverhältnisse vor der Gründung des Verbandes der Heimarbeiterinnen, jagen an dem geistigen Auge der Zuhörer vorüber. Von besonderem Wert für die Zuhörer war die Feststellung, daß es dem Heimarbeiterinnenverband vorbehalten blieb, Ordnung und Verbesserung in die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Heimarbeiterinnen zu bringen. Dieses Ziel ist es, was alle Organisationen gemeinsam verfolgen. Ganz besonders verdankt es die Referentin, die Zuhörer mit den Einrichtungen der Leipziger Ortsgruppe des Heimarbeiterinnenverbandes vertraut zu machen. Nach einigen interessanten Mitteilungen über den diesjährigen Verbandstag der Heimarbeiterinnen in Berlin schloß die Referentin mit dem Wunsch, daß durch gemeinsame Arbeit beider Organisationen unsere christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung weiter gefördert werde. Reicher Beifall belohnte die Referentin für ihre trefflichen Ausführungen. Alsdann machte Kollege Kanitz auf die von der Zentrale herausgegebenen Berleppschmarren aufmerksam. Kollege Melcher erklärte den Zweck derselben und forderte zu reichlicher Abnahme auf. Nach einigen Mitteilungen des Vorstandes fand die schön verlaufene Versammlung ihr Ende.

Jüchen. Wie die gewerkschaftliche Organisation, so die Arbeitsverhältnisse. Dies trifft hier in Jüchen zu. Weil die Arbeiter zu „flug“ sind, dem Verbands beizutreten, verzichten sie darauf, einen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen auszuüben. Notwendig wäre es aber in den hiesigen Betrieben. In der Arbeitsordnung zweier hiesigen Betriebe befindet sich folgender Passus:

„Jedem neu aufgenommenen Arbeiter steht während der ersten 14 Tage, welche als Probezeit betrachtet werden, täglich der Austritt, sowie den Arbeitgebern die Entlassung frei; alsdann ist derselbe verpflichtet, ein Jahr ohne Unterbrechung in dem angetretenen Dienste zu bleiben.“

Da nun eine Firma in einer Prozessesache unterlag, erließ sie folgenden Nachtrag zur Arbeitsordnung:

„und können selbstredend auch die Arbeitgeber vor Ablauf dieser Zeit ebenfalls nicht kündigen.“

Hiermit wird nach Ansicht der Gerichte dem § 122 B. O. genügt und sind die Arbeiter für ein Jahr gebunden. Warum diese Festslegung erfolgt, braucht wohl nicht getragt zu werden; dieselbe liegt nur im Interesse der Firma. Diese will damit die Freizügigkeit der Arbeiter unterbinden, um sie auf alle Fälle für sich zu sichern. Was daraus aber für Folgen für den Arbeiter entstehen können, wird den meisten der dortigen Arbeiter, weil sie auf dem Lande wohnen, kaum klar sein.

Wie oft kommt es vor, daß ein neuangetretener Arbeiter in der ersten Zeit einen guten Verdienst und andererseits auch das größte Entgegenkommen seitens der Arbeitgeber zu verzeichnen hat. Warum dieses wohl? Dem Arbeiter muß der Betrieb „schmackhaft“ gemacht werden. Mancher wird auch wohl gedacht haben: „Ach wenn es nur immer so bliebe“. Wenn dann später aber weniger lohnende Arbeiten kommen oder schlecht zu verarbeitendes Material sich einstellt, kommt er zu anderen Gedanken. Er denkt an andere Arbeitsstellen. Er hat aber keine Rechnung ohne die Arbeitsordnung gemacht. Er hat sich auf ein Jahr verpflichtet. Jede Besserung seiner Lage ist ihm während dieser Zeit unmöglich, er muß ausharren. Solche Zustände, so sollte man meinen, müßten die Arbeiter zur Einsicht bringen und zu Versuchen zur Abföhrung solcher Fesseln veranlassen. Leider lebt mancher von ihnen sorglos in den Tag hinein, ohne über seine Verhältnisse nachzudenken. Sollten diese Zeiten zum Nachdenken bei den dortigen unorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen beitragen, so wird hoffentlich auch eine Umkehr auf dem bisherigen Wege eintreten.

Lobberich. Der gute Besuch unserer Generalversammlung war ein Beweis dafür, daß die Lobbericher Arbeiterschaft auch in einer Zeit, wo sie nicht das Notwendigste zum Unterhalt verdient, treu zum Verbands steht. Erfolgreichweise hatten sich auch eine größere Anzahl Arbeiterinnen



angefunden. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kollege Stiels einen ausführlichen Bericht über die Mitglieder- und Klassenverhältnisse. Die Mitgliederzahl betrug im I. Quartal 1912 851, am Schlusse des Jahres 821. Dieser Rückgang der Mitgliederzahl sei hauptsächlich auf die zum Militär einberufenen jungen Leute und auf solche, welche von Lobberich weggezogen sind, zurückzuführen. Die Gesamteinnahme betrug im Jahre 1912 16 874,80 M. Hierunter erhielt die Ortsgruppe 15%, macht 2 531,18 M. An Unterstützungen wurde ausgezahlt: Krankenunterstützung 1990,05 M., Arbeitslosenunterstützung 3476,20 M., Unfallunterstützung 360 M., Sterbegeld 456 M., Umzugsunterstützung 60 M., Reiseunterstützung 1,80 M., an Unterstützungen zusammen 5878,05 M. Abgeliefert an die Zentrale wurden 7890,12 M. Die Einnahme betrug 207,30 M. weniger wie im Jahre 1911. An Unterstützungen wurde jedoch im Jahre 1912 8840,82 M. mehr ausgezahlt wie im Jahre vorher. Die Gesamteinnahme der Ortsgruppenkasse betrug: Bestand am Schlusse des Jahres 1911 1922,49 M., 15% der Einnahme 2006,13 M., Lokalbeitrag von vier Monaten 626,35 M., an Zinsen 181,78 M., zusammen 4986,75 M. Da die gesamte Ortsgruppenausgabe 1637,90 M. betrug, stellte sich das Vermögen der Ortsgruppe am Schlusse des Jahres 1912 auf 3348,85 M. Die vom Kollegen Martin Müllers namens der Revisoren beantragte Entlastung wurde einstimmig erteilt. Hierauf erstattete der Kollege Stiels den Jahresbericht. Derselbe freifte nochmals kurz die wichtigsten Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung. Die Durchführung dieser Beschlüsse hält in der Ortsgruppe keine nennenswerten Schwierigkeiten bereitet. Bei der im Dezember stattgefundenen Wahl der Gewerbergerichtspräsidenten sei die abgegebene Stimmzahl für die christliche Liste gestiegen, die der „freien“ Gewerkschaften aber bedeutend zurückgegangen. Drei kleinere Lohnbewegungen hätten mit einem Erfolge für die Beteiligten beendet werden können. Der Geschäftsgang sei während der meisten Zeit des Jahres 1912 ein außerordentlich schlechter gewesen. Die Samtweber der Firma Niedied u. Co. hätten während der Wintermonate eine durchschnittliche Arbeitszeit von monatlich 90-95 Stunden. Bei der Firma J. L. de Ball sei die Feststellung der durchschnittlichen Arbeitszeit in der Samtweberei nicht möglich, weil hier die Arbeiter zum Teil wochen- und monatlang auf Material zum Arbeiten warten müßten. Dabei wird von den Arbeitern der Firma Niedied, von den Samtwebern sowie ganz besonders von den Bandwebern, häufig über sehr schlechtes Material geklagt. Dieser Mißstand scheint bei dieser Firma zur Regel zu werden. Bei der Firma J. L. de Ball ist ein Abteilungsleiter in der Samtweberei, welcher dafür sorgt, daß die Gemüter der ihm unterstellten Arbeiter in Aufregung bleiben. Dieser Angestellte, welcher früher auf kurze Zeit in Krefeld tätig war, wo er es auch nicht verstanden hat, mit den Arbeitern fertig zu werden, wird, wenn er sich keines bessern bestimmt, noch mal die Ursache ernstlicher Differenzen zwischen Firma und Arbeiter sein. Auch waren die Arbeiter in den Färbereien und Appreturanstalten schlecht beschäftigt. In der Färberei der Firma Darst u. Frey hatten die Arbeiter seit Anfang November bis Anfang Februar durchschnittlich circa 35 Feiertage. Von Seiten der Gemeinde Lobberich sei trotz der Anregungen der Arbeitervereine im Gemeinderat zur Verringerung der Not sehr wenig getan worden. Ein Beweis für die sich von Jahr zu Jahr trauriger gestaltende Lage der Lobbericher Arbeiterfamilie sei der langsame Rückgang der Lobbericher Einwohnerzahl zur Folge hätte. Eine lebhaft, die Ausführungen des Referenten noch ergänzende Diskussion, schloß sich diesem Referate an.

**Vorrath-Stetten.** Wer anharrt wird gekrönt! Das zeigte sich auch mit unserem Versuch, im Ortsteil Stetten besondere Versammlungen abzuhalten. Nachdem der erste Versuch täglich ausfiel, waren diesmal eine schöne Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen im Gasthaus zur „Sonne“ in Stetten zusammengekommen, trotz des schneehellen Frühlingwetters, das wir am Sonntag, den 23. Februar, hier hatten. Dem Vortrag des Bezirksleiters, Kollegen Kümmele über „Freiheit von Verleppsch, ein Bionter des sozialen Fortschritts“ folgte eine lebhaft Debatte, die sich zum Schluß um die Frage drehte: Wie gewinnen wir die Stettener Arbeiterschaft für unsere Gewerkschaft? Einige Redner führten an, wie es in Stetten an der Opferwilligkeit mangelte und man immer die Ausrede hören kann, es ist uns zu viel Beitrag, wenn wir in mehreren Vereinen sind. Demgegenüber kam von den Kollegen Herr und Kümmele, sowie von der Kollegin Schmieber und von Fräulein Dieckhoff zum Ausdruck, daß die Organisation für den Arbeiter zum Nützlichsten gehört und die geringen Opfer bei gutem Willen leicht zu bringen sind, wenn man nur der großen Vergnügungssucht und allem Ueberflüssigen mehr entzagen wollte. Kollegen und Kolleginnen, agitiert eifrig bis zur nächsten Versammlung.

**Münchenbernsdorf.** Gest vollzählig hatten sich unsere Mitglieder zur letzten Versammlung eingefunden. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Kollegen Reicher aus Greiz über die Entwicklung unseres Verbandes im Vogtlande im Jahre 1912. In der sich hieran anschließenden Diskussion wurde gewünscht, in den späteren Berichten einiges über den Geschäftsgang in der Leppichindustrie zu bringen. Das soll insofern geschehen, als von unserer Ortsgruppe Material darüber an die Geschäftsstelle nach Greiz eingeschickt wird. Nachdem noch in genügender Weise auf die V...pisch-Marken hingewiesen und zum regen Kauf derselben aufgefordert war, wurde die Versammlung geschlossen.

**Oberhaid.** Durch den Besuch einer stattlichen Anzahl von Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppe Bamberg wurde unsere Versammlung am 2. März zu einer recht interessanten Veranstaltung. Kollege Böttner eröffnete die Versammlung und begründete die Erfahrungen aus herkömmlicher Kollege Bittkeind behandelt in ausführlicher Weise das Thema: „Die Bedeutung und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“. Redner wies zunächst hin auf die Beziehungen der anderen Stände, die sich in Organisationen zusammenschließen, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Besonders hätten aber die christlichen Arbeiter alle Bemühung, sich zusammenzuschließen, um einerseits gewappnet zu sein gegenüber den stark organisierten Unternehmern und andererseits gegen die Bestrebungen der sozialistischen Gewerkschaften, die christliche Arbeiter brotlos machen, falls sie nicht den sozialdemokratischen Gewerkschaften beitreten wollen. Mit einem Appell an die Anwesenden, für die Stärkung der christlichen Gewerkschaften jederzeit maßhaft einzutreten, schloß Kollege Bittkeind seine beherzigenswerten Ausführungen. Da eine Diskussion nicht gewünscht wurde, fand die Versammlung ihren Abschluß. Nach Schluß der Versammlung blieben die Kollegen und Kolleginnen noch längere Zeit beisammen. Unsere Verbandsbücher, die fleißig benutzt wurden, trugen zur Unterhaltung besonders bei. Mit dem ausdrücklichen Versprechen, recht bald wieder nach Oberhaid zu kommen, traten die Bamberger Kollegen und Kolleginnen den Heimweg an.

**Schaag.** Von unserer Generalversammlung sei folgendes berichtet: Der Vorsitzende, Kollege Joh. Janderfurth, berichtete über Einnahme und Ausgabe des Jahres 1912. Die Einnahme belief sich auf 2348 M. Die Ausgaben betragen insgesamt 2529,60 M. und verteilen sich wie folgt: 15% an die Ortsgruppenkasse = 351,40 M., Krankenunterstützung 297,85 M., Arbeitslosenunterstützung 523,80 M., Sterbegeld 210 M., an die Zentralkasse wurden abgeliefert 1147,90 M. Die Gesamteinnahme der Ortsgruppenkasse betrug 569,71 M., die Ausgaben beliefen sich auf 841,40 M., das Vermögen der Ortsgruppenkasse betrug am 31. Dezember 1912 518,41 M. Dem Kassierer wurde auf Antrag des Vorsitzenden einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurden die ausstehenden Kollegen fast einstimmig wiedergewählt, Geinr. Thielen als Kassierer, Geinr. Kleinert als Schriftführer und Geinr. Janderfurth als Beisitzer. An Stelle der ausstehenden Redatoren wurden die Kollegen Gottfried Dietmanns und Jos. Windbergs gewählt. Hierauf gab der Vorsitzende noch einige Ausführungen über das Unternehmerrisiko. Kollege Hüben, Zentralvorstandsmitglied des christlichen Labalarbeiterverbandes, schilderte den Wert der Unterrichtskurse innerhalb der christlichen Gewerkschaften und sprach den Wunsch aus, es möchte auch hier in Schaag bald ein solcher Unterrichtskursus abgehalten werden. Redner kam sodann auf die Verdienste des Freiherrn von Verleppsch auf sozialpolitischem Gebiete zu sprechen und betonte, daß besonders die christlich organisierten Arbeiter diesem großen Sozialpolitiker Dank und Anerkennung schuldig seien. Er bemerkte, daß aus diesem Anlasse von der Zentrale der christlichen Gewerkschaften Marken mit dem Bilde dieses v. Verleppsch herausgegeben werden. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Hüben für seine Ausführungen und bat die Kollegen, daß sich jeder seinen Verhältnissen entsprechend an der Gründung des Verleppschfonds beteiligen möge. Die Marken würden von den Förderern zum Kaufe angeboten und kosten pro Stück 10 Pf. Alsdann sprach er noch kurz über die Bewegung in Koelner und teilte mit, daß dieselbe vorüber sei und für die Arbeiter ein gutes Ende gefunden habe.

**Säckingen.** Unsere öffentliche Versammlung am 23. Februar erfuhr sich eines guten Besuchs. Das Referat: „Der moderne Arbeiter“, gehalten vom Herrn Vikar Berger, war sehr lehrreich. Manches laue Mitglied wird sich betroffen gefühlt haben, und manchem unseren Reihen noch fernstehenden dürfte das Gewissen geweckt worden sein, als der Redner die Anwesenden auf die Pflichten eines Arbeiters seinem Stande gegenüber aufmerksam machte. Nachdem der Referent die Frage behandelt hatte: „Woher kommt der moderne Arbeiterstand?“ wobei er die wirtschaftliche Entwicklung der Neuzeit sowie das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschildert hatte, ging er zum zweiten Teil über: „Was der moderne Arbeiter erstrebt“. Diese Frage wurde in folgende Punkte zerlegt: Versicherung gegen Gefahren bei der Arbeit, Versicherung gegen alle Eventualitäten sowie materielle und ideale Hebung des ganzen Standes. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung wurde vom Redner entlehnt abgelehnt, dagegen unsere Bewegung als kulturelle, soziale und nationale Strömung warm empfohlen. Daß die schönen und lehrreichen Worte gewirkt haben, konnte man daraus erkennen, daß wir mehrere Aufnahmen zu verzeichnen hatten.

Im Interesse unserer Arbeiterschaft ist zu wünschen, daß auch die Worte des Gewerkschaftssekretärs, Kollegen Kiefer, welcher in der Diskussion sprach, in Erfüllung gehen. Die Arbeiter sollen ihr Einverständnis über das Gehörte nicht nur durch Beifall klatschen, sondern auch dadurch kundgeben, daß immer mehr unserer Bewegung beitreten, und unsere lauen Mitglieder sollen auch besser mitarbeiten, damit wir endlich einmal geschlossen dastehen und das Interesse unserer Arbeiter mit geeinter Kraft wahren können.

**Walheim.** Ein großer Teil der eingezahlten Beiträge kam unsern Mitgliedern im vergangenen Jahre in Form von Unterstützungen direkt wieder zugute. Das ging hervor aus dem Jahresbericht, den unser Vorsitzender in unserer Generalversammlung erstattete. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Kollegen Ostender als Vorsitzender und des Kollegen M. Borell als Kassierer. Vertrauensmann für Gehn wurde Kollege Schornstein. Kollege Weber hielt uns ein zeitgemäßes Referat, worin er namentlich die Einführung der englischen Arbeitszeit in einigen Maschinenfabriken und die Anbringung von Schutzgittern erwähnte.

**Wangen (Allgäu).** Nach längerer Pause hielt unsere noch junge Ortsgruppe am 16. Februar wieder eine Versammlung ab. Neben den schon organisierten waren noch drei unorganisierte Kolleginnen anwesend, ferner noch Kollegen aus anderen Zahlstellen, so daß sich die Versammlung eines sehr guten Besuches erfreuen durfte. Kollege Spedte hielt einen Vortrag über Entstehung, Entwicklung und Notwendigkeit der Arbeiterorganisation. Er zeigte an mehreren Beispielen, welchen großen Einfluß die Organisation auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben vermag. Auch das Unterstützungswesen wurde in eingehender Weise von ihm besprochen. Mit einem warmen Appell an die organisierten Kolleginnen, den noch nicht organisierten jederzeit an die Hand zu geben, echte Kollegialität zu üben, lud er die noch fernstehenden Kolleginnen ein, ebenfalls dem Verbandsbeitreten. Kleinlichkeiten aus dem Auge zu lassen, das Große in den Vordergrund zu stellen und so gemeinsam mitzuwirken an den großen Kulturaufgaben der christlichen Arbeiterbewegung. Nachdem kürzlich, durch eine vom Vorsitzenden und von der Kollegin Scherer vorgenommene Hausagitation zwei Mitglieder für unseren Verband gewonnen wurden, traten nunmehr in der Versammlung wieder zwei Kolleginnen dem Verbands bei, während die dritte versprach, baldigst zu folgen. Die Parole des Vorsitzenden, „jede Versammlung muß aus einem Schritt vorwärts bringen“, fand in dieser Versammlung praktischen Erfolg. An unsere Kolleginnen aber möchten wir die dringende Bitte richten, unablässig für unseren Verband und zur Stärkung unserer Reihen zu werden.

**Widtrath.** Obwohl am Tage unserer Generalversammlung Widtrath mehrere andere Veranstaltungen hatte, können wir über einen guten Besuch berichten. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß wir auch im vergangenen Jahre nicht müßig gewesen sind. Trotz der Einführung des Lokalbeitrages und anderer Schwierigkeiten, mit denen wir hier am Orte zu rechnen haben, sind wir vorwärts gekommen. Wir haben einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Von 181 Mitgliedern sind 107 männliche und 24 weibliche. Auch die Klassenverhältnisse sind besser geworden. Die Einnahme betrug 221,36, die Ausgabe 66,65, somit konnten wir die Summe von 154,71 an die Zentrale abführen. Die Ortsgruppenkasse hatte am Schlusse des Jahres 1911 41 M. und am Schlusse des Jahres 1912 143,01 M. Versammlungen wurden abgehalten: 10 Mitglieder-, 4 öffentl., 5 Fabrik-, 15 Vorstands- und 7 Vertrauensmann-

sitzungen. Nach diesem Berichte hielt Kollege Heinrich aus Oberkirchen einen Vortrag über Gewerkschafts- und Agitationsarbeit. Ausgehend von der Einigkeit, die das preussische Volk vor 100 Jahren gezeigt hat, um wieder zu Freiheit und Macht zu gelangen, wies er an Hand von Beispielen nach, daß auch wir als Arbeiter durch Einigkeit und gegenseitiges Zusammenhalten auf unserm Rechte kommen. Zum Schluß appellierte er noch an die Anwesenden, sich alle ohne Ausnahme an der Hausagitation zu beteiligen. So wie unser Vorhaben gekämpft haben für die Freiheit des Vaterlandes, so müssen auch wir kämpfen und Opfer bringen für unsere hohen Ziele. Nachdem Kollege Nowak noch einige Worte zu diesem Vortrage gesagt und die Mitglieder nochmals zur Teilnahme an der Agitation aufgefordert hatte, wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Gewählt wurden die alten Vorstandsmitglieder, nämlich: Kollege Wils. Wolf Kassierer, Wils. Berger und Peter Albers Beisitzer. Als Klassenrevisoren wurde Wils. Wolf II und neugewählt Kollege Johann Leppers.

### Briefkasten.

**Fr. L. in Vöslh.** Die Kollegin hat ihr Anrecht auf die Krankenkasse verloren. Nach einem Ausscheiden aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung hat man noch bis nach Ablauf von drei Wochen Anspruch auf die betr. Kasse. Die Kollegin hätte freiwilliges Mitglied bleiben müssen.

**M. Schm. in Hbg.** Besten Dank für die Ausschnitte. Wir haben sie unserer Materialregistratur einverleibt. Sie werden bei passender Gelegenheit verwertet. Schicken Sie uns nur dergleichen Sachen. Wenn sie nicht gleich in die Zeitung kommen, werden sie doch aufbewahrt.

**K. B. in Nbg.** Genosse Kr. hat damit wieder einen Beweis seines „großen Wissens“ erbracht. Ein Urteil von Osborne ist Unsinn. Osborne ist kein Ort, sondern ein Mitglied einer englischen Gewerkschaft, wenn wir nicht irren, der Eisenhauer, das gegen die Verwendung von Gewerkschaftsgeldern für politische Zwecke klagt und ein obfides Urteil erzielte. Also ist die Darstellung des „Textilarbeiters“ falsch. Das kommt bei Kr. sehr oft vor. Du weißt ja auch, was Calver von ihm sagte.

### Versammlungskalender.

- Altenberg. 16. März, 11 1/2 Uhr, im Verbandslokale außerordentliche Versammlung.
- Brethell. 16. März, 10 1/2 Uhr, im Lokale Joh. Huntgeburth.
- Brombach (i. Wiesenthal). 16. März, 1/2 Uhr, im Lokale „Krone“.
- Dülken. 16. März, 11 Uhr, im Lokale Math. Uemmel.
- Generalversammlung.
- Eisberfeld. 16. März, 8 1/2 Uhr, im Lokale Herkenrath, Klopbaum, außerordentliche Generalversammlung.
- Forst (Lausitz). 18. März, 8 1/2 Uhr, im Lokale Grapmann (Seberstraße).
- Hieskerk. 16. März, 11 1/2 Uhr, im Lokale Joh. Eymann.
- Spielberg. 15. März, 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zur Traube“.

### Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:  
 Anton Hanf in Langerfeld.  
 Anna Fuy in Heidenheim.  
 Philipp Frösch in Kohlscheid.  
 Martin Esser in M.-Gladbach.  
 Karl Ulrich in Lörrach.  
 Anton Fahrbüchel in Oberforstbach.  
 Joseph Baum in Rheydt.  
 Ehre ihrem Andenken!

### Inhaltsverzeichnis.

**Artikel:** Christliche Gewerkschaften und Konsumvereine — Hornberger Schießübungen. — Lohnkarte in Jutewebereien. — Ein soziales Programm. — Feuilleton: Das graue Tuch. — Wer hat die Berechtigung zur Ableitung weiblicher Lehrlinge? — Allgemeine Rundschau: Der Einfluß der Berufsorganisation auf den Charakter. — Jugendkommissionen in den christlichen Gewerkschaften. — Christliche Gewerkschaften und Unternehmertum. — Sie sind doch neutral! — Wie Textilarbeiter betrogen werden. — Die Gewerkschaften als Dränger des technischen Fortschrittes. — Brot oder kein Brot. — Masse und Führer. — Die Tarifbewegung im Maßschneidergewerbe beendet. — Militärfreundliche Genossen. — Sozialdemokratische Moralbegriffe. — Aus unserer Industrie: Die Geschäftslage in der deutschen Jute- und Leppich-Industrie. — Die Kartelle in der Textilindustrie und der Plan einer Zentralkasse. — Reuben von Textilfabriken in den Vereinigten Staaten von Amerika 1912. — Enorme Einfuhr baumwollener Garne nach Deutschland. — Rohstoffversorgung der deutschen Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Greiz. — Krefeld. — Sommerfeld. — Biersen. — Aus unseren Bezirken. — Eine Konferenz im Breisgau. — Die Agitation unter den Textilarbeiterinnen der Rheinpfalz. — Berichte aus den Ortsgruppen. — Brombach. — Boisheim. — Cornelmünster. — Dülken. — Euskirchen. — Greiz. — Jüchen. — Lobberich. — Lörrach-Stetten. — Münchenbernsdorf. — Oberhaid. — Schaag. — Säckingen. — Walheim. — Wangen. — Widtrath. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel.